

Sonntag

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Mk.
Der Courter ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 8-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 23.

Berlin, den 7. Juni 1908.

12. Jahrg.

Pfingsten.

Sieh auf, der du noch traurig bist
Von banger Not beklommen;
Es lebt ein neuer Geist, der ist
Erlösend uns gekommen.
Sieh auf und blicke um dich her,
Der du wägst verlassen:
Er überbrückte Meer um Meer
Und geht durch alle Gassen.

In jede Kammer tritt er ein
Mit freundlicher Geberde:
O Mensch, du sollst kein Dulder sein
Auf dieser schönen Erdel
Was willst du, fern von Lust und Licht,
Dein Haupt verzweifelt neigen?
Siehst du die bunten Blüten nicht
Schwer hängen an den Zweigen?

Hörst du des Daseins Stimme nicht?
Wie laut die Uhren schlagen:
Allmählich wird zu Sieg und Licht
Der neue Geist getragen.
Der neue Geist, der heilige Geist,
Der uns zu hellem Leben
Die Pfade der Erlösung weist
Und dich auch will erheben.

Wo er um neue Wege stritt,
Fügt sich ein Schritt zum andern:
Du mußt und alle müssen mit
Den Stunden vorwärts wandern.
Da hilft kein Weigern und kein Halt,
Kein Zürnen und kein Beten,
Es wird von mächtiger Gewalt
Der Zaudernde zertreten.

Sieh, wie es drängt, sieh, wie es treibt
Raslos zu neuen Zielen!
Weh' dir, der in dem Dunkel bleibt,
Wo ruhmlos Sklaven fielen!
Weh' dir, der du dich sorgst und mühst
Und nichts die Brust dir weitet,
Der du den neuen Geist nicht siehst,
Der aus dem Staube leitet!

Sieh um dich her, sieh um dich her!
Denn du bist nicht verlassen,
Er überbrückte Meer um Meer
Und geht durch alle Gassen.
An keinem Orte steht er stumm,
Allüberall auf Erden.
Klingt hell sein Evangelium:
Wir wollen Menschen werden!

Ein Attentat auf die Selbstverwaltung.

Gelegentlich des ihm günstigen Ausfalls der Reichstagswahlen im Jahre 1907 äußerte sich der Reichskanzler Fürst Bülow, daß auch im Zeichen der Blockpolitik die Sozialreform fortgeführt und ausgebaut werden solle. Und siehe da, die erste Tat der Reichsregierung in dieser Richtung war dann der Entwurf auf Errichtung von Arbeitskammern gegen die Interessen der Arbeiter. Auf diesen famos ersten Streich folgt der zweite dann sogleich. Er gilt der praktischen Vernichtung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiterschaft in den Krankenkassen.

Auch dieses Attentat der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterschaft wird diplomatischweise unter einer äußerst harmlosen Bezeichnung: „Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungs-Gesetze“ in die „Defensivlichter eingeschmuggelt. Schade nur, daß man so ungeschickt war, mit der Publizierung des Entwurfsinhalts ein Unternehmerorgan zu betrauen und dadurch von vornherein deutlich zu bekunden, daß man auf das Urteil der Stadtkassen allein Gewicht legt, dagegen auf die Meinung der Arbeiterschaft pfeift. Diese hat wie immer das Risiko zu tragen, im übrigen das Maul zu halten. So war's von jeher in Preußen-Deutschland, und so soll es, so will es Bülow, bleiben.

Die Grundzüge des bereits fertiggestellten Entwurfs über die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungs-Gesetze vor einem Unternehmerorgan, der probatorisch die Bau- und Berggewerbe, vertritt, lassen erkennen, daß Deymann-Hollweg's große „Reform“ in der Tat das bringen wird, was wir von Anfang an ausgesprochen haben: eine bürokratische Zentralleitung, neben der die Selbstverwaltung der einzelnen Klassen nur scheinbar bestehen bleibt. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen wird aber auch schon dadurch beseitigt, daß sie einen „unparteiischen Vorsitzenden“ erhalten sollen, also einen von der Behörde ernannten und mit gewissen Machtvollkommenheiten ausgerüsteten Beamten! Ob die Fabrikkrankenkassen auch einen solchen Vorsitzenden eingesezt bekommen oder ob hier einfach der Unternehmer oder sein Vertreter als ein solcher gilt, wird nicht gesagt. Jedenfalls sollen aber, obwohl auf einen Zusammenschluß der Klassen hingewirkt werden soll, die Fabrikklassen bestehen bleiben. Für die Versicherung der Landarbeiter sollen Landkrankenkassen errichtet und dann alle Krankenkassen einer unteren Verwaltungsbehörde zu einem Verbands-zusammenschließen werden, welcher die Sozialämter bilden, die Funktionen eines gemeinsamen Unterbaues der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung in sich vereinigen und die Aufsichtsbehörde der Krankenkassen sowie die regelmäßige Spruch- und Beschlußbehörde erster Instanz für das gesamte Gebiet der Arbeiterversicherung bilden, und endlich alle bisherigen Obliegenheiten der unteren Verwaltungs- und sonstigen örtlichen Behörden übernehmen soll. Diese Sozialinstanz soll Versicherungsamt heißen und von einem „Versicherungsamtmann“ geleitet werden. Dieser Beamte und sein Hilfspersonal sollen die Eigenschaft kommunaler Beamten erhalten. Eine „bedingte“ Mitwirkung soll den Versicherungsträgern zwar bei der Ernennung dieses Beamten zustehen, aber im übrigen wird er vom Kommunalverband ernannt. Der ganze Verwaltungsapparat wird also ein bürokratischer werden.

Auch Posadovsky hatte schon die Absicht, bei der Vereinheitlichung der Versicherungs-Gesetze die Verwaltung an die Kommunalverwaltung anzuschließen. Aber er dachte dabei auch an eine Zusammenlegung aller Klassen in eine einzige Versicherung. Jetzt aber sollen die vorhandenen Arten der Klassenorganisationen bestehen bleiben, die freie Regelung der Ortskrankenkassen aber unmöglich gemacht und den Unternehmern das Uebergewicht gegeben werden. Zwar sollen in den Krankenkassen bei der Beschlußfassung über Krankenunterstützungen und Beiträge den Arbeitern auch weiterhin zwei Drittel, den Unternehmern nur ein Drittel der Stimmen zustehen, obwohl in Zukunft die Unternehmer die Hälfte der Beiträge aufzubringen haben, aber es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Blockmehrheit des Reichstages einhellig dafür ist, den Unternehmern die gleiche Stimmzahl zu gewähren wie den Arbeitern und die gleichen Beiträge werden den Arbeitern und die Begründung dafür liefern, nach dieser Richtung hin den Schritt zu tun, den die Regierung — dem Reichstage überläßt! Aber auch schon der „unparteiische“ Vorsitzende, der Beamte als Leiter der Kasse, wird die bürokratische Verwaltung aufheben. So wird diese „Reform“ eine Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter in den Krankenkassen bringen, wie sie von den Blockparteien ja auch verlangt wurde.

Mit der Beseitigung der Selbstverwaltung wird das Interesse der Arbeiter an den Krankenkassen geringer werden, die freie Initiative der Arbeiter, der Versicherten wird ausgeschaltet und ein mechanischer Bürokratismus an seine Stelle gesetzt. Die große blühende Entwicklung, welche die Krankenkassen bisher aufzuweisen haben, spricht zwar für die Selbstverwaltung — aber gerade deshalb scheint man ihr den Sarg zu machen zu wollen. Ueber das Versicherungsamt als unterste Sozialinstanz wird man erst urteilen können, wenn der Entwurf vorliegt, und man im einzelnen ersehen kann, wie sich der Zusammenschluß der Krankenkassen vollziehen soll.

Daß die jetzigen Schiedsgerichte zu Oberverwaltungsämtern ausgeschaltet werden und diese die letzte Instanz für eine ganze Reihe von Streitigkeiten bilden sollen, in denen bisher eine Revision an das Reichsversicherungsamt möglich war, ist aber sicher ein schwerer Nachteil für die Versicherten. Selbst um die wichtige Frage, ob ein Unfall vorliegt, soll eine Revision an das Reichsversicherungsamt nicht mehr gestattet sein. Eine einheitliche Spruchpraxis wird dann ausgeschlossen sein und die größten Ungerechtigkeiten werden in der Unfallversicherung ständig vorkommen.

Ueber die weiteren Einzelheiten dieser „Reform“ ist aus den Mitteilungen des genannten Unternehmerorgans nichts Deutliches zu sehen. Daß den Spruchausschüssen des Versicherungsamtes, dem Verbands der Krankenkassen, die aus Arbeitern und Unternehmern in gleicher Zahl zusammengesetzt sein sollen, nicht nur die Feststellung der gesetzlichen Entschädigungen sondern auch die Entscheidung über die Höhe der Unfall- und Hinterbliebenenversicherung zustehen wird, sondern, daß sie auch die Entscheidung auf alle Beschwerden übertragen bekommen, über die jetzt von den Reglerungspräsidenten, den Kreishauptmannschaften oder dem Reichsversicherungsamt zu entscheiden ist; daß ihnen ferner die Bestimmung darüber übertragen wird, ob die Berufsgenossenschaften zur Übernahme des Selbstverfahrens während der ersten dreizehn Wochen

nach dem Unfall oder zur Anwendung der Heilanstalts-
pflege verpflichtet sind; dies alles könnte als ein Fort-
schritt gelten — wenn das Wahlverfahren ein de-
mokratisches wäre. Aber alles scheint in dem Ent-
wurf darauf hinzuwirken, den Arbeitern einen
möglichst geringen Einfluß zu gewäh-
ren. Und daß nur die Berufsgenossenschaften und
die Landesversicherungsanstalten zu den Kosten für das
Versicherungsamt, an denen im übrigen nur die Kran-
tentassen mitzuwirken haben, herangezogen werden sol-
len, nicht auch die Krankentassen, ist sehr ver-
dächtig und erinnert an den Entwurf über die Ar-
beitskammern.

Das Zentralblatt für das deutsche Bauhandwerk ist
zwar sehr unzufrieden mit dem Entwurf und sagt,
die Berufsgenossenschaften hätten lediglich zu zahlen,
bei der Entstehung der Hauptlasten aber nicht mitzu-
sprechen und der Entwurf lasse das Bestreben erkennen,
die Rechte der Arbeitgeber zu vermindern und die
Rechte der Arbeiter zu erhöhen; aber schon aus dem,
was das genannte Blatt mitteilt, geht gerade das Ge-
gentheil hervor und das, was für die Arbeiter von
Nachteil ist, hat das Unternehmerblatt in der Haupt-
sache wohl möglichst verschwiegen, so daß der Entwurf
sehr wahrscheinlich noch schlimmeres
bringen wird, als die kurzen Auszüge erkennen
lassen.

Von niemand ist die Notwendigkeit der Vereinheit-
lichung der Arbeiterversicherungsgesetze mehr erkannt
worden, als von den Arbeitern und der Sozialdemo-
kratie. Aber wenn diese Vereinheitlichung auf Kosten
der Demokratie, der Selbstverwaltung geschehen soll,
dann ist der jetzige Zustand, so unerquicklich er auch
ist, doch noch vorzuziehen.

Selbst dem konservativen Universitätsprofessor an
der Prinzenuniversität Bonn, Dr. Stier-Somlo
ist die Sache recht krenzlich; er schreibt im „Tag“:
„Ich habe große Bedenken, daß diese Behörde, welche,
wie eben gezeigt, unter dem Landrat und dem Bürger-
meister steht, als Spruchauschuß eine Feststellung der
gesetzlichen Entschädigungen in erster Instanz haben
soll, also eine außerordentlich große Machtbefugnis, zu
der das höhere Ansehen als unterstes Organ in keinem
Verhältnisse steht. Dem Versicherungsamt soll auch noch
die Entscheidung auf alle Beschwerden übertragen wer-
den, über welche jetzt von dem Regierungspräsidenten
oder dem Reichsversicherungsamt zu entscheiden ist.
Also Beschwerden in Sachen des Genossenschafts-
katasters, Beitragsbeschwerden, Gefahrentarifsbeschwerden
usw. Dem Versicherungsamt wird ferner die Bestim-
mung darüber übertragen, ob die Berufsgenossenschaft
zur Uebernahme des Heilverfahrens während der ersten
13 Wochen nach dem Unfall oder zur Anwendung der
Heilanstaltspflege verpflichtet ist. Das ist entschieden zu
viel. Wenn die Sozialversicherung, die die Verwaltungs-
funktionen hat, die Durchführung der Aufgaben der
zwei vorgeschlagenen Kommissionen sollen, so ist das reichlich
genug. Aber die Funktion als Spruchauschuß und
als Beschwerdegericht ist gänzlich unangemessen, belastet
auch das Versicherungsamt in außerordentlicher Weise,
so daß dann in praktischer Folge der bürokratische
Ablauf gezwungen sein würde, die Geschäfte mög-
lichst schematisch zu erledigen, und es würden die Ar-
beiter schon wegen der Spätigkeit der zu erledigenden
Angelegenheiten gar nicht in der Lage sein, ausgiebig
die Mitwirkung materiell zu fördern, mag auch ihre
Mitwirkung im Gesetz formell vorgesehen sein.“

Wenn so schon ein königlich preussischer Professor
spricht, dann muß das Belmen, wir wollen nicht sagen
Beschleuniger der Arbeiter schon in perfekt getrieben
sein. Den Unternehmern freilich ist diese Blockpolitik
in der Sozialversicherung noch lange nicht arbeiter-
feindlich genug. Ihre Blätter fabeln von einer „Er-
weiterung der Arbeiterrechte“ und verstecken sich dann
zu folgenden Behauptungen: „Die Krankentassen sollen
das Recht, die Unterstützungen festzusetzen, behalten,
den Berufsgenossenschaften soll dasselbe entzogen wer-
den. Haben diese denn dazu Veranlassung gegeben? Die
Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamts er-
geben das Gegenteil. Es ist ein unumstößlicher De-
weis für die Unparteilichkeit (1) und Vortrefflichkeit (1)
der berufsgenossenschaftlichen Feststellungsorgane, daß
von den seitens der Versicherer eingelegten Berufsun-
gen und Rekursen etwa 88 pCt. bezw. 81 pCt. von
den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamt,
trotz der allgemein anerkannten arbeiterfreundlichen
Auslegungsmethode beider Instanzen, zurückgewiesen
wurden. Warum will man ihnen ihre vornehmste
Aufgabe entziehen, warum sie ferner in bezug auf Na-
turalangelegenheiten und Straffessetzungen unter den
Versicherungs-Ämtern stellen? Warum sollen die
Berufsgenossenschaften ferner die Kosten der Versiche-

rungsämter für die Krankentassen tragen? Warum sol-
len die Arbeitgeber bei Beschlussfassungen in den Kran-
tentassen bei den wichtigsten Angelegenheiten nur ein
Drittel der Stimmen haben, obwohl die Mittel zu
gleichen Teilen aufgebracht werden?“

Diese mit der Wirklichkeit schlecht in Einklang zu-
bringende Lobrede auf die heutige Rentendrückerei be-
zweckt lediglich, die Unternehmerparteien scharf zu
machen, damit sie die Verwaltung der Arbeiterversiche-
rung ganz an sich reißen.

Daß dem so ist, beweisen die Mugbanesen in der
„Freisinnigen Zeitung“. Diese vollert gegen den Kran-
tentassenkongress: „Der vierte allgemeine Kongress der
Krankentassen Deutschlands hat bei der Tagung, die er
soeben in Berlin abhielt, sein Hauptaugenmerk der „So-
genannten“ (dieses „sogenannte“ kennzeichnet die ganze
Prostitution des Freisinn) Selbstverwaltung der Kran-
tentassen gewidmet, dieser „Selbstverwaltung“, welche
darin besteht, daß die Ortskrankentassen vermöge des
gesetzmäßigen Uebergewichts der Arbeitervertreter völlig
unter sozialdemokratische Herrschaft gelangt sind, so daß
man das Krankenversicherungsgesetz nicht mit Unrecht
bereits die „staatliche Organisation der Sozialdemokra-
tie“ genannt hat. Das Reichsamt des Innern ist nun
mit den maßgebenden Parteien des Reichstages ein-
schließlich der Freisinnigen längst im Einklang darüber,
daß die 25 Jahre, in denen das Krankenversicherungsgesetz
besteht so schwere Mängel gezeigt haben, daß,
abgesehen von der allgemeinen Reform der Arbeiter-
versicherungsgesetzgebung (Schaffung eines einheitlichen
Unterbaues) die Krankenversicherung einer Neuordnung
am dringendsten bedarf.“

Man bedenke: Unter dem Sozialistengesetz, der
Zeit der ärgsten Reaktion in Deutschland, hat ein Dis-
markt den Arbeitern die Selbstverwaltung in den Kran-
tentassen gegeben, eine Selbstverwaltung, die der Re-
gierungsmatrix „Freisinn“ zu demokratisch ist. So-
weit haben wir es schon in Deutschland gebracht. Das
mögen sich die Herren da oben merken, die Arbeiter-
schaft hat durchaus keine Lust, ihr Erstgeburtrecht an
der Selbstverwaltung für das Einsengericht der „Ein-
heitsversicherung“ einzutauschen. Sie wird sich
auch gegen dieses Attentat mit aller
Kraft zu wehren wissen.

Ist die völlige Sonntagsruhe wirtschaftlich durchführbar?

In der dem Reichstag vorgelegten Novelle zur
Gewerbeordnung wird die volle Sonntagsruhe als
Grundgesetz anerkannt, und das wäre vortrefflich, wenn
sie damit auch einheitlich und lückenlos fürs ganze
Reich durchgeführt würde. Aber die dispositive Be-
stimmung, daß durch Ortsgesetz von dieser Regel ab-
gewichen und eine Arbeitsdauer bis zu drei Stunden
in kleineren Städten angesetzt werden kann, ist ein
unheilbringendes Element, das die
Vollständigkeit der Sonntagsruhe in der
Praxis gefährdet.

Man befürchtet, daß bei der durch keine Aus-
nahmen durchbrochenen Sonntagsruhe Verschleppungen
im Güterabsatz, und zwar namentlich zum Nachteil der
in kleineren Städten ansässigen Kaufleute eintreten
würden, und darauf hinweist, daß die Industriebevöl-
kerung in der Woche keine Zeit zu ihren Einkäufen
habe, und daß namentlich die Landleute aus der Um-
gebung nur an Sonntagen die Stadt aufsuchen könn-
ten, um ihren Hausbedarf zu decken. Die Sonntags-
einnahmen in den kleinen Städten sind auf 12 bis
15 pCt. des Jahresumsatzes berechnet worden, und
man hat gefragt, wie dieser Ausfall je wieder gedeckt
werden könne.

Darauf erwidert Johannes Wischmann im Mat-
heft seiner Monatschrift für den deutschen Kaufmann
„Kulturfragen“ (Verlag Georg D. W. Callwey in
München) mit Recht, daß zunächst nicht die ganzen
12 bis 15 pCt. auf die zuströmende auswärtige
Kundschaft entfallen, und daß dem im Ort wohnen-
den Arbeiter bei der am Sonnabend allgemein bis
9 Uhr während der Verkaufszeit die Versorgung ihrer
Einkäufe sehr gut ohne Schmälerung möglich ist, auch
wenn am Sonntag die Läden geschlossen bleiben
müssen. Es wäre außerdem auch zu erwägen, ob die
Fabriken nicht gesetzlich angehalten werden sollten,
schon am Sonnabend mittags den Lohn auszubezahlen
und den Nachmittags arbeitsfrei zu lassen (nach dem
Vorbilde des englischen „saturdays afternoon“). Jeden-
falls wissen wir nach den Erfahrungen bei früheren
ähnlichen Gelegenheiten, daß niemand seine tatsäch-
lichen Bedürfnisse um einer Verkürzung der Verkaufs-
stunden willen einschränkt. Trotzdem ist zuzugeben,
daß der Umsatz der Kleinkaufleute möglicherweise um
etwasse Prozent sinken wird, wenn der Sonntagsver-
kauf unterbunden wird. Es werden nämlich manche
„Gelegenheitskäufe“ unterbleiben. Die Handelskammer
zu Giebersfeld istet in einem Gutachten ein wenig un-
vorsichtig den Schleier von dem Geheimnis, wie die
hohen Sonntagsumsätze zustande kommen. Sie schreibt:
„Dazu kommt, daß durch den Anreiz der Schaufenster-
auslagen an Sonntagen mancher Einkauf gemacht
wird, der bei einem Verschleppen des Einkaufs auf die
Woche unterbleiben würde, weil der Käufer das Geld
inzwischen anderweitig ausgegeben oder sich anders-

besonnen hat. Der aus solchen Gelegenheitskäufen be-
stehende Teil des Umsatzes geht bei völliger Sonntags-
ruhe dem Kleinkaufhandel gänzlich verloren.“

Aber das ist doch nur ein Nachteil für ganz be-
stimmte Interessenten, und die Allgemeinheit hat keine-
lei Veranlassung, sie davor zu bewahren. Im Gegen-
teil, es ist im hohen Grade bedenklich, wenn der Han-
del so offenbar auf die leicht gereizte Begehrlichkeit
des Publikums spekuliert, wenn er zu Unzähligen ver-
leitet, die mehr einer Laune als einem wirklichen Be-
dürfnis entspringen und nicht selten die Verhältnisse
der Betroffenen übersteigen werden. Das ist weder
wirtschaftlich noch kulturell ersprießlich. Und fällt's
dann der Sonntagsruhe zu einem Teil weg, dann ist
das noch ein Ertragsgewinn, den wir nebenbei mit-
eintreiben. Sei es auf Kosten der Kaufleute. Oder
glauben sie, daß die Gesamtheit gewissermaßen die
Pflicht habe, ihnen ihre Einnahmen und Umsätze zu
gewährleisten? Nun, so wär's der alte, immer
wiederkehrende Irrtum, daß sie sich als Zweck der
Wirtschaft sehen und doch nur dienende Mittel sind.

Aber nun die Landleute. Wir erwarten da eine
gewisse Anpassung an die neuen Verhältnisse. Die Ar-
beit in der Landwirtschaft ist — von der Erntezeit
abgesehen — nicht so intensiv, daß sie nicht einen Ver-
sorgungsbedarf nach der Stadt auch an Wochentagen zu-
decke. Es wäre auch noch festzustellen, in welchem
Verhältnis die von der Landwirtschaft an den Markt-
tagen gemachten Einkäufe zu den Sonntagsgeschäften
stehen (alle Klein- und Mittelstädte haben „Wochen-
märkte“, auf denen die Landleute aus der Umgegend
ihre Erzeugnisse festhalten, und bei dieser Gelegen-
heit bezorgen sie natürlich auch ihre eigenen Ange-
legenheiten). Dann erweist sich vielleicht, daß der An-
teil des Sonntags gar nicht so außerordentlich ist,
jedensfalls aber ist die Möglichkeit, ihn auszufüllen,
auch heute schon angedeutet.

Nun hat man wohl in der Befürchtung, daß diese
Ausgleichung und Anpassung doch nicht eintreten
würde, vorgeschlagen, in der Regelung der Sonntags-
ruhe einen Unterschied zwischen Großstädten und Klein-
städten zu machen und den letzteren, für die in erster
Linie Landwirtschaft in Frage komme, einige Stun-
den zum Verkauf freizugeben, auch wenn den Groß-
städten völlige Arbeitsruhe auferlegt werden sollte,
und man versucht, ihn sozialpolitisch dadurch zu rech-
fertigen, daß man erklärt, der Geschäftsbetrieb in Klein-
städtischen Handlungen sei nicht entfernt so nerven-
aufregend wie in denen der großen Städte. Man
beruht dabei, daß es sich bei der Sonntagsruhe ja
nicht nur um die Erwirkung einer etwa 30 stündigen
Erholung handelt, sondern um die Anerkennung des
Rechts, daß der Angestellte wenigstens an einem Tage
nur sich selber gehören darf. Ob die Arbeit intensiv
oder bequem ist, innerhalb der vorgeschriebenen Dienst-
stunden besteht für den Angestellten in jeder Minute
die Pflicht der Arbeitsbereitschaft und sie erzeugt das
lähmende Gefühl der unbedingten Abhängigkeit. Sie
zu durchbrechen, im bestimmten Zwischenräumen das
Bewußtsein völliger Freiheit, das auf sich selbst Be-
ruhens der Persönlichkeit einzuschalten und dadurch die
verhängnisvollen psychologischen Wirkungen der ab-
soluten Gebundenheit auszugleichen, das ist der Sinn
der Ruhetagsbestrebungen. Und der gilt für den Klein-
städtischen Handlungsgehilfen wie für den groß-
städtischen.

Aber noch eine andere nichtern-praktische Er-
wägung spricht gegen den Vorschlag, diese beiden
unter verschiedenen Verhältnissen hinsichtlich der Sonntags-
ruhe zu unterscheiden. Das würde nämlich eine auf-
fallende Ungleichheit zwischen den Kleinstäd-
ten und den großen Städten herbeiführen. Grund-
sätzlich die allgemeine Gerechtigkeit, aber sehr
stark auch die Abneigung gegen die sozialen Nachteile
der Kleinstadt, das Fehlen der Kaufmannsgerichte, die
meistens unglücklicheren Lebensverhältnisse u. a. Macht
man die Regelungen in Kleinstädten durch schlechtere
Bestimmungen über die Sonntagsruhe noch weniger
begrenzbar, so wird die in jeder Hinsicht bellagene
wertvolle Erscheinung noch scharfer hervortreten. Ver-
schiedene Handelskammern klagen, daß die Gehilfen in
kleinen Orten schon jetzt wenig tauglich. Aber ist es
dann zu verwundern, daß die besten Kräfte fortziehen,
wenn man ihnen das Maß sozialpolitischer Freiheit,
das anderswo gilt, immer wieder einschränken
trachtet?

So bestechend der Gedanke an sich ist, in der Frage
der Sonntagsruhe nicht zu schematisieren, sondern den
örtlichen Eigentümlichkeiten Geltung zu verschaffen, er-
taugt hier nicht. Hoffen wir, daß die völlige Sonntags-
ruhe an diesem einen Tage, die vom Gesetz schon
grundsätzlich anerkannt wurde, auch ohne Kaufleute und
Vorbehalte von ihm ausgesprochen werden wird. Die
Allgemeinheit gewinnt mehr dabei, als sie verliert.

Die Bewegung der Kohlenarbeiter bei der Hedwigshütte in Pottin.

Aufopfernde, schwere Arbeit und zähe Ausdauer
hat es gekostet, um die Kollegen in diesem Millionen-
betriebe von der Notwendigkeit des festen Zusammen-
schlusses in ihrer Berufsorganisation zu überzeugen,
bis die Kollegen den Anschluß an die Organisation
unternahmen. Als sich diese Kollegen zusammenge-
funden hatten, alle von einem Gedanken durchdrungen,
auf wirtschaftlichem Gebiete für sich Verbesserungen
zu schaffen, trat etwas ein, was sicher niemand zuvor
gewartet hatte, anzunehmen. Nicht nur, daß ein be-
sonders kollegiales Empfinden und Hand in Hand ar-
beitendes festgefügtes Ziel im Auge haben, stets des
Fall ist, kein, etwas anderes, nicht zu erwartendes
trat ein: der zur Auszahlung gelangende Lohn stel-
gte sich. Selbst nach Feierabend geleistete Arbeit
wurde besser bezahlt und wurde hierfür das Geld

einbart hatten. Dieses Ziel zu erreichen war nur möglich gewesen dadurch, daß der Firma vorgeschwindelt worden war, die Transportarbeiter sind mit einigen Ausnahmen alle in den Brauer-Verband übergetreten, das Gleiche sei auch bei den im inneren Betrieb Beschäftigten geschehen, und infolgedessen habe die Firma nicht nötig, mit Vertretern des Transportarbeiter-Verbandes zu verhandeln.

Feststellen wollen wir nur, daß es dem Bezirksleiter der Brauer durch seine bekannte Weise gelungen ist, drei Mitglieder unserer Organisation in den Brauerverband hinüberzuführen. Die im Betrieb beschäftigten Böttcher, Maurer, Maschinenisten und Heizer wurden ebenfalls dem Brauerverband zugeführt; dabei haben Leute, wie beispielsweise der Maurer Baumeister, welcher 13 Jahre dem Maurerverband als Mitglied angehörte und nur zur Renovation des Betriebs mit beschäftigt wurde, ihren Uebertritt bewirken müssen.

Daß der Streik unserer Kollegen der Firma ziemlich unerkämpft kam und sie mächtig in der Klemme saß, wird am besten dadurch bewiesen, daß man zu mehreren streikenden Kollegen schickte und dieselben, freitlich ohne Erfolg, zu veranlassen suchte, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wer aber dem Unternehmertum hilfsreich zur Seite sprang, das waren die organisierten Brauereiarbeiter. Der Führer Nebenast zerrte seinen Bruder nach dem Betrieb, welcher sich auch nicht scheute, den Vord zu besteigen und die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Damit nicht genug, auch der hiesige Bezirksleiter der Brauer betätigte sich als Streikbrecherlieferant und schämte sich nicht, einen arbeitslosen Brauer nach dem Betrieb zu senden, der dann ebenfalls Streikarbeit verrichtete. Auch der Arbeiter Weise, ein Sohn des Restaurateurs zur Börse, in Markranstädt, glaubte als Hausreißer eine recht nützliche Tätigkeit mit zu verrichten. Der bei dem Brauereigenen organisierte Böttcher Jungblut stellte sich den obigen würdig an die Seite, indem derselbe an Stelle unserer streikenden Bierfahrer auf den Bierhandel fuhr.

Am 23. Mai konnte die Firma sich endlich zur Verhandlung bequemen, zu denen wiederum die Vertreter der Brauer zugezogen waren. Es wurde eine Einigung erzielt: nur bei unserer Forderung, Wieder-einstellung sämtlicher Streikender an die ungeschickten Mäße kam es zu längeren Auseinandersetzungen, welche damit endeten, daß die Unternehmer erklärten, unserem Verlangen Rechnung tragen zu wollen. Mit dieser Erklärung schien aber der Bezirksleiter der Brauer nicht einverstanden zu sein; derselbe richtete in geradezu sich selbst entwürdigender Weise immer und immer wieder die Frage an die Betriebsleitung, wieviel Mäße eigentlich noch frei wären, wieviel Leute wieder eingestellt werden könnten. Dieses eigenartige Verhalten kam aber in noch drastischerer Weise bei unserem Verlangen, die Streikbrecher zu entlassen, zum Ausdruck. Der unorganisierte Arbeiter Krause, der in der Besprechung, in welcher über den Streik beraten und abgestimmt wurde, mit zugegen war und mit für den Streik kämpfte, sowie einen Aufnahmeschein unserer Organisation ausfüllte, wurde zum Streikbrecher. Auch diesen Mann nahmen die Brauer unter die Fittiche ihrer Organisation. Gegen dessen Entlassung wandte der Vertreter der Brauer sich ganz entschieden und wir konnten nur konstataren, daß in der Beurteilung der Frage Streikbrecher, Unternehmer und Vertreter des Brauereigenen sich nicht in der Seele waren. Daß diese Scene in der Verhandlung, ist das Verdienst des ungeschickten Unternehmers, die Herren sind einander würdig.

Der aufgeregten Kollegenchaft wird es aber zur Pflicht gemacht, aus diesem bezeichnenden Verhalten der Brauer die richtige Lehre zu ziehen und jenen Streikbrecherlieferanten und Organisationszerstörern die Wege zu weisen.

Aus der Genossenschaftsbewegung:

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1907. Eine doppelt erfreuliche Erscheinung in dem wild allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang, wie es die gegenwärtige Krise bietet, ist die vortreffliche Entwicklung der deutschen Arbeitergenossenschaftsbewegung. Diese Entwicklung spiegelt sich vor allem wieder in dem Aufschwunge, den das Zentralunternehmen der deutschen Konsumvereine, ihre Großeinkaufsgesellschaft im letzten Jahre genommen hat. Der soeben erschienene Geschäftsbericht der Gesellschaft verzeichnet für das Jahr 1907 eine Zunahme des Umsatzes, wie sie keines der vorhergehenden Jahre aufzuweisen hatte. Der Wert der verkauften Waren stieg von 46 503 237 Mk. in 1906 auf 59 866 220 Mk. in 1907, oder fast um 30 pCt. Erzielt wurde dieser Umsatz im Verkehr mit 499 (448 im Vorjahre) als Gesellschafter angeschlossenen und 920 nicht angeschlossenen Vereinen. Zu seiner Bewältigung unterhält die Gesellschaft außer ihrem Hauptlager in Hamburg noch 5 Filiallager in den verschiedenen Teilen Deutschlands.

Der Hauptteil der von der G. G. G. vermittelten Waren entfällt naturgemäß auf das Lebensmittelgeschäft. Im größeren Umfange wurden außerdem noch verkauft Mehl, Getreide, Obst und Gemüse (4 430 000 Mk.) und Brennmaterialien (897 479 Mk.). Ein allerdings noch ziemlich geringfügiger Prozentsatz der vermittelten Waren — im letzten Jahre für 1 842 200 Mk. — entfällt auf den sonstigen Geschäftsbereich. An der Spitze dieser genossenschaftlichen Warenlieferanten steht die Tabalarbeitergenossenschaft in Hamburg, die für 617 750 Mk. Produkte liefert; ihr folgt die Nordhäuser Kantalarbeiter-Genossen-

schaft mit einem Umfange von 130 470 Mk., sodann der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein, der für 90300 Mk. Produkte seiner Schächterei und für 26 500 Mk. Molkereiprodukte liefert. Von deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden insgesamt für 429 400 Mk. Waren, in der Hauptsache Molkereiprodukte bezogen.

Sehr gering entwickelt ist leider noch die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft. Ihr einziger Produktionszweig ist bis jetzt eine allerdings mühselig eingeleitete Kaffeefabrik, die im letzten Jahre einen Absatz von 1 398 360 Kilo gegen 1 058 909 Kilo im Jahre 1906 zu verzeichnen hatte. Der schon seit Jahren geplante Ausbau der Eigenproduktion durch Errichtung einer Seifenfabrik hat auch im Berichtsjahre bedauerlicherweise keinen Schritt vorwärts gemacht. Es wird gemeinhin, daß die Verufung gegen das Urteil des Streikverwaltungsgerichtes in Herbst, wonach die Genehmigung zur Errichtung verweigert wurde, vom Landesverwaltungsgericht in Dessau verworfen wurde. Es scheint demnach wirklich, als ob sämtliche deutschen Gerichte von der merkwürdigen Furcht ergriffen seien, daß die Errichtung einer Konsumgenossenschaftlichen Seifenfabrik das deutsche Staatswohl auf das Schwerste gefährdet würde. Wie werden künftige Generationen über diese kindlichen Versuche, der Entwicklung Steinen in den Weg zu werfen, lächeln!

Dagegen brachte das Jahr 1907 das wichtige Ereignis der Fertigstellung eines eigenen Verwaltungsgebäudes der G. G. G. in Hamburg. Der Geschäftsbericht führt uns das am Wesenbinderhof — neben dem Gewerkschaftshaus — gelegene, aus weißem Sandstein im vornehm-einfachen romanischen Stil erbaute Haus in einer gelungenen Abbildung vor Augen. Die Keller- und Partieräumlichkeiten des Gebäudes sind an die Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine vermietet; das 1. und 2. Obergeschos dient geschäftlichen Zwecken der G. G. G., während sich im dritten und vierten Wohnungen befinden. Die gesamten Baukosten einschließlich des Grundstücks belaufen sich auf rund 700 000 Mk., außerdem sind 90 000 Mk. für Anschaffung des Inventars, Heizung und Beleuchtung verausgabt worden.

Infolge der günstigen Entwicklung des Unternehmens hat der von der G. G. G. im Jahre 1907 erzielte Reinerwerb eine beträchtliche Erhöhung erfahren, er beträgt diesmal 504 910 Mk. gegen 281 070 Mk. im Vorjahre, was also einer Steigerung von fast 80 pCt. entspricht. Dem Verteilungsvorschlag der Verwaltung zufolge sollen von dieser Summe zunächst 5 pCt. Zinsen an das eingezahlte Kapital und eine Rückvergütung von 1 pCt. auf den Umsatz der angeschlossenen und 1/2 pCt. auf den der nicht angeschlossenen Vereine verteilt werden. Der verbleibende — größere — Teil des Gewinns, nämlich 356 294 Mk. sollen den verschiedenen Fonds zugewiesen werden, die damit die Höhe von 900 770 Mk. gleich 90 pCt. des Stammkapitals von 1 Mill. Mark erreichen würden. Es ist höchst anerkennenswert, daß die G. G. G. das Bestreben hat und dabei von den angeschlossenen Genossenschaften unterstützt wird, ihre Reserven zu stärken und so das Unternehmen auf eine immer sicheren Basis zu stellen.

Beschäftigt wurde von der Gesellschaft im Jahre 1907 ein Personal von 281 Köpfen (1906:254) darunter 2 Geschäftsführer, 6 Lagerhalter 6 Vertreter etc. Die Gehälter und Arbeitsverhältnisse der kaufmännischen Mitarbeiter sind im Berichtsjahre im Vergleich mit dem Vorjahre im allgemeinen sehr günstig geblieben und natürlich bei der Unterstützung der Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verbessert. Außerdem beauftragt die Verwaltung bei der diesjährigen Generalversammlung die Errichtung eines Unterstützungsfonds, aus dem Angestellte der G. G. G. oder auch solcher genossenschaftlicher Vereinigungen, die Gesellschafter der G. G. G. sind, in Notfällen eine Unterstützung gewährt werden kann. Die Verwaltung schlägt für diesmal vor, 20 000 Mk. diesem Fonds zu überweisen.

Endlich sei noch der Kampf erwähnt, den die G. G. G. im verflochtenen Jahre mit dem Verband der Fabrikanten von Markenartikeln auszufechten hatte. Dieser Verband trat bekanntlich im Anfang 1907 an die Gesellschaft heran und forderte von ihr die Annullierung eines Großlistenvertrages, nach dem die Gesellschaft bei Konventionalstrafe sich verpflichten sollte, ihren Abnehmern die Bedingungen des Verbandes — bestimmte Minimalverkaufspreise — vorzuschreiben. Diese Forderung, die die Einleitung zu einer Schröpfung der gesamten Konsummentenschaft bedeutete, wurde von der G. G. G. natürlich abgelehnt, worauf über sie von Seiten des Verbandes die Sperre verhängt wurde. Die Konsumvereine aber unterstützten ihr Zentralunternehmen solldarftig, indem sie dem Liebeswerben der einzelnen Markenartikel-Fabrikanten ein lautes Ohr entgegenstellten und gleichwertige Ersatzfabrikate für die betreffenden Artikel einführten. So kam es, daß schließlich ein Fabrikant nach dem andern von dem Verbande abbrückte und sich zur bedingungslosen Lieferung bereit erklärte, bis endlich am 17. Januar d. J. der Vorstand des Verbandes die Sperre über die G. G. G. aufhob und von seinen Forderungen zurücktrat. Der allgemeine geschäftliche Verkehr ist sonach nunmehr wieder freigegeben, wird sich aber kaum in dem früheren Umfange wieder herstellen, da sich die Mitglieder der Konsumvereine inzwischen vielfach an die Ersatzartikel gewöhnt haben. So ist der erste Kampf, den die G. G. G. im Interesse der organisierten Konsumenten mit dem Privatkapital auszufechten hatte, siegreich beendet worden.

Aus Oesterreich.

Unser österreichischer Bruderverband hält zu Pfingsten in Wien seinen Verbandstag ab. Es dürfte unsere Kollegen interessieren, welche Entwicklung diese Organisation im letzten Jahre gemacht hat.

Außerordentlich schwierig gestaltet sich die Agitation infolge des Mangels an den nötigen Kräften. Es erklärt sich dies dadurch, daß bis heute schon 28 Branchen in dem Verbande vereinigt sind, wo jede Branche nach ihrer Eigenart behandelt werden muß und dem entsprechend die Agitatoren auch Anpassungsfähigkeiten haben müssen, um für den Verband Ersprießliches zu leisten. Im Jahre 1907 wurden 6 Ortsgruppen und 26 Zellstellen neu gegründet, so daß am Schlusse des Jahres 1907 84 Ortsgruppen und 41 Zellstellen bestanden. Der Verband zählt über 10 000 Mitglieder. Die Situation hat neuerlich eine Veränderte erfahren. Den 6884 Neubeitritten stehen 3112 Austritte gegenüber. Der Stand der streng zahlenden Mitglieder hat die Höhe von 8200 Mitgliedern erreicht. Das deutsche und tschechische Fachblatt erscheinen seit Juni zweimal monatlich in einer Auflage von 10 000 deutschen und 1800 tschechischen Exemplaren. Die merkwürdige Zusammenfassung des Verbandes und mit den zu rechnenden Arbeiterkategorien gab die Veranlassung, neuerlich Anstellungen vorzunehmen, wobei besonders die Straßen- und Häuseragitation im besonderen in Betracht gezogen wurde. Ingesamt sind jetzt seit letzter Zeit 12 Personen angestellt. Im Jahre 1908 dürfte es auch mit der Errichtung eines Sekretariats in Mähren ernst werden. Im Laufe des Jahres wurden 16 Streiks durchgeführt, welche alle von Erfolg begleitet und an denen 6127 Personen beteiligt waren. Diese Streiks währten insgesamt 57 Tage; Interventionen 102, Erfolge 53. Der Wert der für die Mitglieder erzwungenen Lohnerhöhungen sowie der Arbeitserlöszunahmen ist ein kolossaler. Es erreichen die Latinenarbeiter an Lohnerhöhungen 2704 Kronen, die Triester Hafenarbeiter ohne Streik 95 000 Kr., die Bediensteten des Oesterreichischen Lloyd ohne Streik 43 800 Kr., die Speditionsarbeiter Wiens 312 000 Kr. Die Schwertlacher Wiens erhielten am 1. Mai die 27. Krone, dies macht 120 000 Kr. Die Kalarbeiter (Kaffee) 100 000 Kr., Tagelöhner 34 800 Kr., Eisarbeiter 20 400 Kr., die Gravier Spektreure 5400 Kr., Anzeigekunden der Mittwache „Mar“ 900 Kr., die Triester Lastträger 146 000 Kr., die Kohlenarbeiter Wiens ca. 52 000 Kr., Eisenarbeiter 7156 Kr., die Kutscher von Kluska 27 950 Kr., die Produktuarbeiter 32 850 Kr., die Lagerhausarbeiter 9360 Kr., die Kutscher in Gebirgsorten 865 Kr., die Kohlenarbeiter der Nordbahnlande 14 500 Kr., die Straßenlehrer von Triest 54 750 Kronen, Mittwache Wien 8190 Kr., die Kohlenarbeiter des Ersten niederösterreichischen Konsumvereins 1560 Kr., die Postkellner Wiens (Wohnungsmietern) 6000 Kr., die Postkellner von Graz 6210 Kr., Kutscher ohne Streik 43 056 Kr. Ingesamt 1 145 561 Kronen. — Die Arbeitszeit wurde verkürzt bei den Tagelöhner der Kalarbeiter um 123 000 Stunden, Mittwache 3650 Stunden, Triester Lastträger 365 000 St., Kutscher Kutscher 67 000 St., Produktuarbeiter 23 10 Stunden, Triester Straßenlehrer 13 000 Stunden. Ingesamt 574 070 Stunden verkürzte Arbeitszeit. Außerdem erreichten die Kohlenarbeiter eine Erhöhung der Bezahlung der Ueberstunden von 60 Heller auf 1 Kr. sowie der Tage im Jahr Urlaub und Freigabe der Oster- und Pfingstfeiertage. — In Liebenbirten mußten die Entlassungen der Vertrauensmänner zurückgefordert werden. Die Arbeiter Straßenbahner, welche ebenfalls von dem Verbanden vertreten, erreichten ebenfalls die Verkürzung der Arbeitszeit der Großen- und Kleinrentner der Konsumvereine wurde die Dienstprämie, automatische Steigerung des Lohnes, rückwirkend auf zwei Jahre, Maximallohn von 36 Kr. per Woche sowie Verkürzung der Arbeitszeit auf 54 Stunden per Woche erreicht. Die Bediensteten der Dampfmaschinen Wiener erreichten auch noch eine 50prozentige Erhöhung der Ueberstunden. Im weiteren wurden in mehreren Konsumvereinen Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen erreicht; erwähnt muß noch die Bezahlung einer Beihnachtsremuneration im Ersten niederösterreichischen Arbeiterkonsumverein werden, wo selbst die Bediensteten einen doppelten Wochenlohn erhielten, was den Betrag von ungefähr rund 8000 Kr. ausmacht. Aber es waren auch bittere Erfahrungen zu verzeichnen. Die Kommune Wien hat im verflochtenen Jahre 26 Straßenbahner herabgelassen und brutal auf Pfahle geworfen. Das gleiche Schicksal erreichte 7 Kutscher des Ersten Wiener Konsumvereins. In beiden Fällen war die Ueberforderung der Arbeiter die Ursache der Organisationszerstörung. Brutal und herabgelassen, wie jene Patentaristen schon sind, kann man von denselben nichts anderes erwarten. In beiden Fällen waren die Arbeiter, weil unorganisiert, zu schwach, den Schlag parieren zu können. — Doch war die Arbeit nicht vergebens. Sowohl die Kommune Wien als auch der Vorstand des Ersten Wiener Konsumvereins mußten sich bequemen, den Bediensteten die Löhne zu erhöhen. Kollektivverträge wurden acht abgeschlossen mit zwei bis dreijähriger Dauer.

Der Verbandstag wird unserer Bruderorganisation zweifellos weitere Bahnen der Entwicklung weisen. Ein frohes Gedeihen wünscht der österreichischen Organisation die deutsche Kollegenchaft!

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Autofallen. Eigentlich ein droßliches Wort, diese „Autofallen“. Man könnte darunter verstehen, daß ein Automobil in eine Falle fährt, der Deckel zuklappt, damit es nicht wieder herauskann. Dann kommt der Gensdarm und findet auf diese Art einen fetten Braten, indem er

seine Lust am Fabriken von Strafmandaten befriedigt. Ganz so ist es nun freilich nicht, aber so ähnlich. In Wirklichkeit ist der Gendarm die Autofalle selbst, oder auch der Schutzmännchen, und der Gemeinbediener. Das Motiv zur Tat ist, der Verkehr soll durch solche Beamten aufrecht erhalten werden. In manchen Orten bekommt man aber den Begriff, daß der neue moderne Verkehr in die Urzeiten zurückgedrängt werden soll. Die Reaktion stemmt sich gegen den Fortschritt. Beobachtet man die Arbeit solcher „verkehrsregelmacher“ Beamten näher, so wird man den Eindruck gewinnen, daß dieselben ein gewisses Quantum Strafmandate fabrizieren müssen. Uns wurde einmal gesagt, die Gendarmen würden von ihren oberen Behörden indirekt veranlaßt, soviel Strafmandate heranzuschaffen, daß damit ihr Gehalt gedeckt wird, und da die Automobile zu diesem Zwecke ein leichtes Strafmandatsobjekt bilden, weil man bei ihnen alles mögliche konstatieren kann, so werden die Automobilführer am ersten aufgeschrieen. Auch die Erkennung der Nummern fällt nicht schwer, denn vor Gericht kann sich ein Gendarm oder Schutzmännchen, wie erwiesen, nicht irren. Aufgefallen ist uns bei unsern Beobachtungen, daß fast alle Gendarmen dann erst das Buch zum Schreiben aus ihrer Tasche zogen, wenn das Automobil schon eine ganze Zeit vorüber gefahren war. Dieses war auch in Wannsee und Beelitzhof der Fall. In diesen Orten stehen unter anderem auch soviel primitive Warnungstafeln, daß ein dort nicht eingeweihter Führer aus alledem nicht geschaut wird. Was bedeutet unter anderem eine Tafel mit einem Bild und der Aufschrift 15 km?

Gehen wir auf der breiten Chaussee von Wannsee nach Hundebühl, so hat man den Eindruck, als ob man hier auf den Automobil-Gezieserplatz kommt. Man bewundert hier die Ausdauer der Gendarmen wie sie die Automobile fest ins Auge gefaßt, wie Rekruten im langsamen Schritt vorüber ziehen lassen. Wer hier seinen Motor nicht bändigen kann und Miene macht, einen Schritt aus der Reihe zu tanzen, der hat rückwärts ein Strafmandat. Zweifellos ist Hundebühl ein Verkehrsengpaß, das erkennen wir an, aber warum hat man dieser Unsicherheit an dortiger Stelle nicht schon anders abgeholfen? Warum muß der Berg hinauf der Reiterweg breiter sein als der Fahrweg? Dies könnte mit Rücksicht auf den dortigen starken Verkehr schon längst abgedrängt sein. Es wird die höchste Zeit, daß solches geschieht. Anstatt daß man das Verkehrshindernis bei Zeiten aus dem Wege schafft, traktiert man einen ganzen Beruf mit Strafmandaten und verhilft dadurch mancher Familie zur bittersten Not. Wenn man einen Hund prügeln will, der Knüttel dazu findet sich schon. So ist es auch hier, dadurch daß die Beamten ihre Augen Tag ein, Tag aus ganz besonders auf die Automobilführer richten, finden sie schon bei der geringsten Gelegenheit einen Grund zum Ausschreiben. Und der Fall ist nicht selten, daß der Automobilführer, welcher sich beim passieren eines solchen Orts die näheren Umstände ganz besonders merkt und vor Gericht einem Beamten gegenübertritt, dem Schworn des Beamten unterliegen muß, auch wenn er Zeugen hat, die anders auszusagen. Interessant zu bemerken ist an solchen Ausschreibesfällen noch eins. Bei manchem Kollegen tritt auch hier die Harmoniebusselei so recht ins Licht. Sie glauben, wenn sie den Herrn Gendarm recht gehorfsam militärisch grüßen, so entgehen sie seiner Strenge. Da irren sie sich, denn auch die schönsten Grüße wurden erst recht beachtet. Autofallen sind für die Behörden indirekte Steuereinnahmen und ist dies eine moderne Abföhrung des Chausseegeldes, mit dem Unterschied, daß dies in der neuen Form desto ungerechter angewendet wird, insofern es eine große Anzahl „Sicherheitsbeamte“ von ihrem wirklichen Beruf ablenkt.

Wohlthätige Unternehmer. Auch in den Automobilbetrieben giebt es solche Unternehmer, welche es nach ihrer Art verstehen, den Fahrern in ihrem Arbeitslohn auszugleichen. Die Herren Leiter in den Betrieben sind gar nicht so veranlagt wie viele unserer Kollegen behaupten, diese verstehen die „Wohlthaten“ dieser Herren nur nicht genügend zu würdigen und weisen sie gewöhnlich „unverständigerweise“ zurück. Vielleicht auch mit Recht. Sind es denn überhaupt Wohlthaten, was die Herren Betriebsleiter den Führern bieten? Und wie kommen die Herren auf solche freigebigen Gedanken gegenüber den Führern, die sie in Form von Prämien, Beträgen zu gemeinschaftlichen Landpartien usw. zum Ausdruck bringen. Diese Frage löst sich von selbst durch die Beobachtung, daß sonderbarerweise in solchen Betrieben die Wohlthätigkeitstheorie eine Rolle spielt, in denen die Führer für ihre Arbeiten am schlechtesten bezahlt werden. Wer hier von den Kollegen nicht weiß, was gespielt wird, der wird durch die Verlockungen der Unternehmer in ein Verhältnis geführt, welches für ihn und den ganzen Vorurteil gefährlich ist. Welchen Zweck sollen die Prämien erfüllen? Der von Harmonie erfüllte Kollege glaubt, daß ihm der einflussreiche Chef seine aufopfernde Tätigkeit, Mehrleistung durch einige Groschen oder Mark entschädigen will. In Wirklichkeit ist das Prämienystem ein ganz ausgesuchtes Ausbeutensystem, welches gleich dem Akkordsystem schwere Gefahren für die Arbeiter im Gefolge hat. Mit ein paar lumpigen Groschen versteht es der Unternehmer, willensschwachen Führern, denn nur solche können dabei in Betracht kommen, die Arbeitskraft in dem Maße zu entziehen, daß damit auch die notwendige Energie verschwindet. Die Unternehmer sehen nur auf ihren Geldbeutel.

Die Prämien werden von Seiten der Unternehmer ganz verschieden angewandt. In den Geschäftsbetrieben, Warenhäusern usw. Es giebt Prämien, wenn der Führer ohne Aufenthalt mit Reparaturen seine Tour erledigt. Auf die Mucken des Mechanismus wird hier gar keine Rücksicht genommen. Die Folgen sind, je klappriger das Geschäft, desto mehr Arbeit für den Führer in Reparaturen. Je mehr Reparaturen, desto geringer der Arbeitsverdienst, weil dadurch die Prämien, welche einen Teil des Lohnes bilden, wegfallen.

Andererseits, aber mit dem gleichen Ziel, werden die Prämien in den Automobilbetrieben gegeben. Hier paßt der Unternehmer den Maßstab der Prämie der Höhe der Einnahme an. Nun wird aber bei den Automobilbetrieben die Ausnutzung der Arbeitskraft noch durch ein anderes ebenfalls raffiniertes Lohnsystem, in Form vom Pro-

zenten betrieben. Will nun der Führer hier einen solchen Lohn verdienen, welchen er für sich und den Unterhalt seiner Familie nötig hat, so ist er schon von selbst gezwungen danach zu trachten, möglichst hohe Einnahmen zu erlangen.

Unter den heutigen Verhältnissen kann kein Führer Interesse an niedrigen Einnahmen haben, weil seine wirtschaftliche Lage von dem Prozentuallohnssystem abhängig ist. Aber bei dieser Jagd nach Prozenten stellt sich den Führern wieder ein Hindernis in den Weg, das sind die Polizeiverordnungen und ihre Handhabungen. Man sieht auch wieder hier wie oben dieselben Folgen in etwas anderer Form. Je höher der Verdienst, desto ausgenutzter die Arbeitskraft. Je mehr Ausnutzung der Arbeitskraft, desto mehr Gefahr für den Verkehr und Herbeiführung polizeilicher Uebertretungen, wobei der Führer am Ende immer selbst die Folgen trägt. Zieht man nun in Betracht, daß dieses Lohnsystem die Führer zwingt, sind schon von selbst ihre Arbeitskraft bis aufs Äußerste auszunutzen, dann ist es geradezu erstaunlich, wie die Unternehmer noch darauf kommen, neben dieser verwerflichen Entlohnung noch ein anderes raffiniertes Lockmittel in Gestalt von Prämien einzuführen. Damit können sie Führer zum Gebrauch verwerflicher Mittel erziehen, denn hierbei kommt wieder in Betracht ähnlich wie bei dem Prozentensystem, je höher die Einnahme, desto höher die Prämie. Nach unseren Erfahrungen werden derartig prämierte Führer zu jeder Rücksichtslosigkeit angetrieben. Wohin dies führt? Das ist dem Unternehmer egal, die Hauptsache für ihn ist Geld. Bis jetzt haben unsere organisierten Kollegen es verstanden, Mannes genug zu sein und diese Art „Wohlthaten“, denn so nennen sie es, rundweg abzulehnen.

Aber immer wieder versuchen es die Unternehmer, von Neuem die Prämien einzuführen. Heute in diesem, morgen in jenem Betrieb. Aber auffallenderweise versuchen dies immer solche Betriebe, in welchen geringer Lohn gezahlt wird. Denkt man an solche Ausbeuterei garricht? Da sind Führer und Unternehmer zufrieden und huldben dem Grundsatz: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Wenn man einseht, daß die Führer besser bezahlt werden müssen und seinen Führern entgegenkommen will, warum gibt man ihm nicht auf reelle Art ebenfalls den alten Lohn?

Weshalb man dem Führer mit solcher Humanitätsbusselei eine Blende vor die Augen balten will. Obendrein verspricht man noch eine Landpartie, an welcher sich der Herr Chef beteiligt, und zu der er auch noch 100 Mk. gibt. Auf der Partie wird ordentlich in Alkohol gebadet, und in diesem Zustande ist es gewöhnlich mit der Ehrlichkeit der Kollegen vorbei. Die Harmonie mit dem Chef sieht oben an, gerädet wird viel, und der Schlaue hat sein Ziel erreicht. Was der Chef vorher von den Verhältnissen der Einzelnen nicht wußte, das weiß er dann, und die Steuergeld kann losgehen. Wenn Ihr Herren Chef es ehrlich meint mit Euren Führern, und Ihr wollt den Verdiensten Eurer Führer mit Gebührendem entgegen kommen, dann gebt ihnen eine Woche Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes, damit auch sie sich einmal in Kreise ihrer Familie kurze Zeit erholen können.

Bierfahrer.

Köln. „Der Rheinische Gastwirt“, das Organ des Bundes Deutscher Gastwirte, druckt mit Behagen folgende Notiz der „Germania“ ab:

„Die organisierte Arbeiterschaft Berlins und Umgebung wird von sozialdemokratischer Seite aufgefordert, die Kontrolle der Bier-, Mineralwasser- und Desillationssteuer in bezug auf ihre Organisationszugehörigkeit streng durchzuführen. Es sollen nur Getränke von solchen Kutschern abgenommen werden, die von sozialdemokratischer Transparenz sind. Das kommt in Berlin auf die Auslieferung der nächstliegenden Getränke hinaus, denn in der Regel werden die Waren von den Kutschern geführt werden, die ebenfalls sozialdemokratisch geartet sind. Nachdem der sozialdemokratische Bund der Gastwirte Brauereien erworben hat und das Brauereigewerbe betreibt und nachdem auch das Mineralwasser und der Schnaps von den Parteigenossen selbst hergestellt werden, können sie eine solche Parole schon ausgeben. Diejenigen Kutscher, die sich nicht als Mitglieder des Transportarbeiterverbandes ausweisen können, sollen in „geeigneter Weise“ zum Anschluß an den Verband bewegt werden. Das geschieht dann in der bekannnten Art, die einem direkten Zwange gleichkommt.“

Dem „N. Gastwirt“ scheint diese Notiz zu gefallen. Datum lassen wir wissen, daß wir in nächster Zeit nicht nur daselbe wie unsere Berliner Kollegen tun werden, sondern wir werden uns auch einmal die Herren Wirte gründlich anschauen, bei welchen unsere Kollegenschaft ihre Feindschaft verzeht. Es gibt nämlich viele Wirte, denen das Geld des Arbeiters wohl sehr angenehm ist, auf der anderen Seite schrecken die Herren aber nie zurück, wenn es gilt, den Arbeiter zu unterdrücken.

Ludwigshafen. Am Sonnabend, den 9. Mai, fand eine außerordentliche Versammlung der Bierkutscher statt. Der Sektionsleiter machte auf die bevorstehende Gewerbegehwahl aufmerksam und richtete an die Kollegen den Appell, sich alle an derselben zu beteiligen. Der Geschäftsführer führte dann noch die Kämpfe in den Holzhandlungen und Hobelwerken, sowie in der Syndikatsfreien Kohlenvereinigung an, wo die Scharfmacher mit aller Macht nach dem norddeutschen Muster einsetzten. Redner führte an einer Reihe von Beispielen den Kollegen vor Augen, wie der Staat, die Gemeinde und die Polizei als treue Bundesgenossen zum Schutze des dreimalgeheiligten Geldsacks wetteifern, während man auf der anderen Seite den Arbeiter schutzlos macht.

Bei der Stellungnahme zum Tarif kritisierte Redner das Machwerk, das der Brauerverband im Jahre 1905 den Kutschern zusammengedrückt und obendrein noch auf 4 Jahre ausgedehnt hat. Kein Mensch kann es den Bierkutschern von Mannheim-Ludwigshafen verdenken, wenn sie mit den gegenwärtigen Arbeits-

verhältnissen nicht zufrieden sind. Der Minimallohn für Kutscher in Brauereien beträgt 21 Mk. pro Woche, ein Fuhrunternehmer hätte heute gar nicht den Mut, seinem Kutscher solche Löhne anzubieten. Der Höchstlohn beträgt nach fünfjähriger Tätigkeit 25,50 Mark, also weniger als der Durchschnittslohn in anderen Fuhrgeschäften, wo heute der Durchschnittslohn 29 Mk. beträgt. Wohl kein Mensch wird bestreiten wollen, daß gerade die Bierkutscher zu denjenigen zählen, die die schwersten Arbeiten im Transportgewerbe zu verrichten haben. Redner ermahnt die Kollegen, treu zur Organisation zu halten, damit im nächsten Jahre, wenn der Tarif abgelaufen ist, für die Kutscher andere Verhältnisse geschaffen werden.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen bedauert, daß die Bierkutscher Mannheims sich noch immer im Brauerverbande befinden, wo doch bewiesen ist und der gegenwärtige Tarif gerade zur Genüge zeigt, daß die Brauer in erster Linie für ihren Sack sorgen. Die Kollegen beantragten, daß in nächster Zeit die Mannheimer Bierkutscher zu einer Sektionsversammlung eingeladen werden sollten, damit einmal eine reifliche Aussprache erfolgen kann.

Dem Wunsche der Kutscher, Mittel und Wege anzubahnen, um eine Verständigung mit den Bierkutschern herbeizuführen, wurde versprochen Rechnung zu tragen.

Nachdem noch verschiedene Mißstände erörtert waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Droschkenführer.

Berlin IV. Am Freitag, den 22. Mai d. J., fand unsere Generalversammlung statt. Dieselbe war nur mäßig besucht und mußte infolgedessen der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrag, abgesetzt werden. Nachdem das Protokoll für richtig befunden wurde, gebachte der Vorsitzende der im ersten Quartal verstorbenen Mitglieder Karl Wandrey, Albert Wähm, Leopold Kreuz, Hermann Sange, Wilhelm Deinert, Emil Hilscher, Heinrich Freund, Karl Engelhardt, Willy Suhr, Heinrich Schierfäke, Johann Dietrich, August Loge und Fritz Heinrich. Hierauf gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht für das 1. Quartal 1908. Denselben war folgendes zu entnehmen: Was die Entwicklung der Ortsverwaltung im 1. Quartal anbetrifft, so muß wiederum mit Bedauern konstatiert werden, daß von einem Fortschreiten derselben nicht gesprochen werden kann, d. h. wenn man die Mitgliederzahl derselben in den Kreis seiner Betrachtungen zieht. An dem Steigen und Fallen dieser Zahl ist man gewöhnt, die Lage der Organisation zu beurteilen. Es ist nicht zu verkennen, daß wir auch noch im ersten Quartal unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Krise standen, welche nicht nur für uns, sondern auch für andere gewerkschaftliche Vereinigungen von einschneidender Bedeutung war; denn es ist in fast allen der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften ein Rückgang zu verzeichnen gewesen, welches beweist, daß nicht nur in unseren Reihen, sondern auch in anderen Arbeiterkategorien dieselbe Misere eingetreten ist. Voraussetzen kann man, daß mit Hebung der wirtschaftlichen Konjunktur auch bei uns eine Besserung eintreten dürfte.

Agitation und Geschäftliches betreffend ist folgendes zu bemerken: Abgehalten wurden eine öffentliche und vier Mitgliederversammlungen. Sitzungen und Besprechungen fanden einschließlic der Vorstandssitzungen 88 statt. Was den geschäftlichen Verkehr anbetrifft, so hat auch dieser an Umfang zugenommen. Es gingen an Briefen, Karten und Druckfachen 461 ein, Ausgänge an Briefen und Karten 1822, Druckfachen 8500. Schriftstücke für Mitglieder wurden angefertigt 265. Der freie Rechtschutz wurde in 62 Fällen bewilligt und erforderte eine Ausgabe von 1090,55 Mk. Von den Kollegen, welche denselben nachgesucht hatten, wurden 22 freigesprochen, bei 10 wurde eine teilweise Freisprechung erzielt, die übrigen Fälle endeten mit Verurteilung. Für Beerbtigungshilfe zahlte die Ortsverwaltung für verlorene Frauen und Kinder der Kollegen in 8 Fällen 525 Mk. Extraausstellungen in zwei Fällen 80 Mark.

Von der Hauptkasse wurden gezahlt an Krankenunterstützung 5575,85 Mk., an Beerbtigungshilfe 1100 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 102,45 Mk., Streckunterstützung 152 Mk., Gemafregelungenunterstützung 100 Mk., Streckunterstützung 114 Mk., Strecknachtrag 100,40 Mk., Rechtschutz 1060,55 Mk., in Summa 8895,05 Mk.. Die Hauptkasse erhielt demgemäß in bar 1216,70 Mk.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 4. Quartals 2550, Neuaufnahmen waren in diesem Quartal 114, ausgeschieden 22, abgereist 2, gestrichen wegen rückwärtiger Beiträge 158, verbleiben am Schlusse des 1. Quartals 2481 Mitglieder.

Auf Verlesung des Kassenberichts wurde verzichtet, da derselbe bereits im „Journal“ veröffentlicht war. Zu Punkt 3 lagen zwei Anträge, gestellt vom Kollegen Schwarzenegger, vor. Der erste besagt, die Mitgliederversammlungen im Laufe des ersten Monats eines jeden Vierteljahres stattfinden zu lassen, der zweite besagt, im Vierteljahrsbericht über den Mitgliederstand und die Fluktuation der Mitglieder der Ortsverwaltung 4 zu berichten. Beide Anträge wurden ohne Debatte angenommen. Ein Antrag F. Krause, Regelung der Droschken auf den Bahnhöfen betreffend sowie ein Antrag Knopf, Mitteilungsblatt des „Journal“ betreffend wurden dem Vorstande zur Erledigung überwiesen. Zum 4. Punkt eines Vorstandsmitteldes, wurde der Kollege Carl Kunde gewählt. Der letzte Punkt, Geschäftliches, zeitigte eine ausgedehnte Debatte.

Von einzelnen Kollegen wurden der Verwaltung resp. der Leitung Vorwürfe gemacht, daß nicht genügend agitiert wurde und vor allen Dingen nicht genügend Versammlungen einberufen wären. Demgegenüber wurde entgegen gehalten, daß in dieser Beziehung vieles versucht wurde, jedoch trotz aller Bemühung der Besuch in den Versammlungen und Betriebsbesprechungen ein negativer war. Es ist durch die außerordentlich schlechte Geschäftslage im Droschkengewerbe eine Schläffheit unter den Mitgliedern eingetreten, welche nur durch Agitation beseitigt werden kann, aber nicht durch fortwährende Mörgelei. Von einzelnen

Rednern wurde darauf hingewiesen, daß unter den Mitglie dtern eine fortwährende gegenseitige Keiberei besteht, welches jedenfalls nicht zum Vorteil der Organisation dient, hierin müßte vor allen Dingen Wandel geschaffen werden, damit die Kollegen einsehen lernen, daß ein jeder sich in der gleichen bedrückten Lage befindet.

Handelsarbeiter.

Berlin. Abstimmung zum A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß. Der Polizeipräsident teilt mit, daß der Antrag auf Einführung des A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß e s an den W e r t t o g e n mit Ausschluß des S o m m a b e n d s für sämtliche offenen Verkaufsstellen in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Kitzdorf von mehr als einem Drittel der Geschäftsinhaber gestellt ist. Der Präsident fordert daher alle beteiligten Geschäftsinhaber einschließlich der Antragsteller auf, ihre Äußerung für oder gegen den Antrag entweder schriftlich oder zu Protokoll in der Zeit vom 17. bis einschließlich 30. Juni 1908 in den für ihr Geschäft zuständigen Polizeirevierbüros während der Dienststunden einzufenden oder abzugeben.

Für die Entgegennahme dieser Äußerungen usw. ist für jeden Revierbezirk der betreffende Reviervorsteher, für den übrigen Teil des Bezirkes der königliche Regierungsrat Dr. Schmölbers zum Kommissar ernannt worden. Ausdrücklich wird bemerkt, daß bei der Feststellung der Zweidrittel-Mehrheit, welche für die Einführung des A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß e s erforderlich ist, nur diejenigen in der Liste eingetragenen Geschäftsinhaber in Betracht kommen, welche eine bestimmte Äußerung für oder gegen den Antrag innerhalb der oben festgesetzten Frist abgegeben haben. Später eingehende Äußerungen, ferner Äußerungen, die unbestimmt oder ausweichend lauten, oder von nicht in der Liste eingetragenen Geschäftsinhabern, oder von einer anderen Person als dem Geschäftsinhaber selbst, eingefandt oder abgegeben werden, bleiben unberücksichtigt. Kein Geschäftsinhaber, auch wenn er zahlreiche Filialen besitzt, hat mehr als eine Stimme; das Stimmrecht ist in dem für das Hauptgeschäft zuständigen Polizeirevier auszuüben; sollte es vorkommen, daß dies in der Liste nicht eingetragen ist, wohl aber eine Filiale, so kann das Stimmrecht in dem für die Filiale zuständigen Revier ausgeübt werden, jedoch jedenfalls nur einmal.

Jedem Geschäftsinhaber wird noch durch besondere Postkarte nähere Mitteilung zugehen, aus der sich das für ihn in Betracht kommende Polizeirevierbureau nach Straße und Hausnummer sowie die Nummer, unter welcher sein Geschäft in der amtlichen Liste eingetragen ist, ersieht lassen. Diese Postkarte ist der schriftlichen Abstimmungserklärung beizufügen oder bei protokolllarischer Abstimmung mitzubringen. Außerdem wird es für alle diejenigen Geschäftsinhaber, die als solche auf dem Revierbureau nicht genügend bekannt sind, sowie allgemein bei schriftlicher Äußerung über den Antrag der Befügung oder Vorlegung einer Legitimation bedürfen (z. B. Beglaubigung der Unterschrift des Geschäftsinhabers durch den zuständigen Bezirksvorsteher; Befügung des Steuerveranlagungsscheines oder Steuerzettels usw.) Für die Rücksendung eingefandter Legitimationspapiere ist zugleich ein Frei-Kupon beizufügen.

Dresden. Nach dem beim Rat zu Dresden vorliegenden Abstimmungsergebnis über dem A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß haben über zwei Drittel der Ladeninhaber die gestimmt haben, sich für den A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß erklärt, und kann dieser daher nunmehr durch die Kreis-Hauptmannschaft angeordnet werden.

Für die Angestellten im Handelsgewerbe der Stadt Dresden bedeutet das einen erheblichen sozialen Erfolg nach lange geführtem Kampfe, da aus dem allgemeinen Vorteile für alle die Vorteile der Ruhe nicht zu verkennen sind.

Von der hiesigen Wäcker-Zinnung wurde beantragt auch gegen den A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß mobil gemacht. Sozial Gutes ist ja von der Seite überhaupt nicht zu erwarten. Da ist es ganz interessant zu lesen, wie sich ein Wäckermeister in der Dresdner Wäckerzeitung zur Sache äußert. Der Mann schreibt:

„Als man vor einiger Zeit Unterschriften zur Einführung des A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß e s sammelte, wurde vom Zinnungs-Vorstand in unserer Fachzeitung lebhaft agitiert. Nachdem nun der Rat zu Dresden diese Angelegenheit in die Hand genommen hat und gewillt ist, den A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß einzuführen, findet man natürlich in unserer Fachzeitung weder den Hinweis, gegen den A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß zu stimmen; immer nur: „Im Interesse des Geschäfts“. Daß man damit aber eigentlich gegen die Interessen des Geschäfts handelt, möchte hiermit einmal festgestellt werden. Als erster Punkt sind es doch wohl unsere Frauen, welchen eine Stunde früherer Ladenschluß zu gönnen ist. Die meisten davon müssen schon vom zeitigen Morgen an im Geschäft tätig sein, müssen auch am Tage meistens selbst da sein oder doch wenigstens das Geschäft immer im Auge behalten. Was das zu bedeuten hat, werden wohl diejenigen selbst am besten wissen, die es betrifft. Außerdem ist doch das Geschäft von 8 bis 9 im großen ganzen so minimal, daß man ganz gut darauf verzichten kann. Wer bis abends 8 Uhr nicht so viel verdient, daß er bestehen kann, dem ist überhaupt nicht mehr zu helfen. Auch die Klage, daß gutes weibliches Personal schwer zu bekommen ist, hängt damit zusammen. Man bedenke doch, von spätestens 5 Uhr früh bis 9 Uhr abends im Dienst, wenn auch nicht immer bei schwerer Arbeit, ist für die heutigen Verhältnisse doch zu viel. Für das weibliche Personal haben wir vorläufig noch so gut wie gar keine gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit usw., aber es ist sicher darauf zu rechnen, daß man uns über kurz oder lang auch damit beglücken wird. Dem könnte man doch damit ein klein wenig entgegenarbeiten, wenn die Arbeitszeit bloß bis abends 8 Uhr geht. Im übrigen sollte man aber doch so viel gelernt haben, daß sich das Publikum an derartige Einrichtungen bald gewöhnt, und daß es eigentlich nur am guten Willen fehlt, sich diesen Einrichtungen

anzupassen. Von einer allzu großen Erkenntnis oder richtigen Auffassung der heutigen Verhältnisse zeugt es gerade nicht, wenn man immer mit aller Macht dagegen steuert, wenn es einen Schritt vorwärts gehen soll.“

Die Wäcker-Zinnung wird sich diese zutreffende Abfertigung nicht hinter den Spiegel stecken. Die Kreis-Hauptmannschaft aber mag daraus ersehen, daß in den Streifen der Ladengeschäftsinhaber selbst oft viel anders gedacht wird, als ihre Korporationsvorstände der Öffentlichkeit glauben machen wollen.

Dresden. Zu der am Dienstag, den 26. Mai einberufenen Versammlung der Handelshilfsarbeiter lautete die Tagesordnung: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Handelsarbeiter.“ Der Bevollmächtigte geht des Näheren auf die Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche auf dem Handelshilfsarbeiter-Kongress erörtert wurden, ein. Eine 15-16-stündige Arbeitszeit, bei zum Teil ungenügender Entlohnung, Pausen und schlechten Arbeitsräumen sei keine Seltenheit. Daher seien die Forderungen des Kongresses, reichsgesetzliche Bestimmungen über die Arbeitszeit, 6-Uhr-Postschluß, Sonntagsruhe und Anstellung von Gewerbe-Inspektoren vorkauf berechtigt. Auf die Dresdener Verhältnisse eingehend, kennzeichnet Referent die Maximen eines Teiles der Geschäftsinhaber (Wäcker, Zigarettenhändler, Verein der Produzentenhändler) bei der Abstimmung über den 8-Uhr-Ladenschluß.

Des Weiteren läßt der Referent einige Firmen Revue passieren. Die bekannte Firma M. u. R. Zocher konnte es nicht verstehen, daß unser Arbeitsnachweis dieser Firma keine zuverlässigen Kräfte für den fürstlichen Lohn von 14 Mk. (im höchsten Falle 16 Mk.) zur Verfügung stellen sollte. Die Firma kam dadurch in die Lage, auf die Suche nach neuen Kräften zu gehen, weil einigen ihrer vorigen Arbeiter durch diesen hohen Lohn die Finger gewachsen waren. Auch die Firma Höfner's Buchhandlung, mit welcher sich die Organisation schon beschäftigt hatte, bezahlte in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise und weil ein Teil der Kollegen schon über 20 Jahre alt ist, den Lohn von 14 Mk. Ueber diese Firma ist ja schon genügend in der „Dresdener Volkszeitung“ berichtet worden.

Auch in der Strohhutbranche ist die Entlohnung eine noch sehr schlechte zu nennen. Löhne von 18 Mk. für zum Teil verheiratete Kollegen sind an der Tagesordnung. Auch in punkto Behandlung läßt es sehr viel zu wünschen übrig. Vom jüngsten Lehrling (Comptoir) bis zum Geschäftsinhaber sieht sich ein Jeder veranlaßt, seiner Würde Geltung zu verschaffen.

Aber wie in allen anderen Branchen, so ist es auch hier, es liegt nur an der Laubbildung und Ungünstigkeit vor dem Herrn. Das zeigt z. B. folgender Fall. Ein Arbeitgeber wird wegen Uebertretung der Sonntagsruhe angeklagt. Der Beamte kommt, findet aber Niemand vor. Warum? Es ist alles verschlossen, alles hat sich verdeckt. Der Herr ist gerettet durch die Dummheit seiner Getreuen.

In der Debatte führt ein Kollege an, daß er früher bei einem südlichen Arbeitgeber die christlichen Feiertage bezahlt erhalten habe, beim jetzigen, einem Christen, würden sie ihm abgezogen. So verhält es sich auch bei der Firma Wänsel, Kgl. Hoflieferant seines Zeichens (Strohhutfabrikant.) Dieser Herr gefällt sich weit besser nach außen hin zu glänzen. Zu diesem Zwecke ließ er auch vor kurzem die Fassade seines Hauses so schön und wertvoll herrichten, daß er dafür den ersten Preis errang. Die Rechnung bezahlten die Arbeiter, welche, da nun einmal das Geschäft etwas nachgelassen hat, zum Teil entlassen werden.

Gewährt seien noch die Firmen Schokoladenfabrik von Wölter, Wäscherei Schulz und Papierhandlung Klement. Die letztere ist ein ehemaliger Chinesischer Militärarzt, der sich in Dresden niedergelassen hat.

Daß man auch von einem Kollegen ein rechtige Augen an die Kollegen gerichtet wird, die Jugend im Auge zu behalten und den Organisationen zuzuführen, kommt folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die am 26. Mai 1908 im „Odeum“ tagende Versammlung der im Handels- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Handelshilfsarbeiter protestiert gegen die Versuche, die Einführung des A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß e s zu hintertreiben und fordert von der zuständigen Behörde, im Interesse der im Handelsgewerbe Beschäftigten, die möglichst baldige Einführung des A c h t u h r - L a d e n s c h l u ß e s.“

Einbeck in S. Endlich ist es uns nach verschiedenen vergeblichen Anlässen gelungen, auch hier mit der Organisation einzubringen. Einbeck, ein Städtchen mit etwa 9000 Einwohnern, hat eine eigentliche größere Industrie nicht aufzuweisen. Für uns kommt hauptsächlich ein größerer Betrieb und zwar das weltbekannte Fahrrad- und Sportartikelversandgeschäft von August Stiefenbrock in Frage. Spezialität dieses Betriebes ist das Fahrrad, Marke Deutschland, das jedoch nur in dem Betriebe zusammengestellt wird, doch werden außerdem nicht nur die sonstigen Sportartikel, sondern auch Uhren aller Art, Musikinstrumente, „Schlagringe“, „Stoßbege“ usw. gefertigt. Von dem Umfange dieses Betriebes kann man sich nur ein Bild machen, wenn man die näheren Zahlen des Umsatzes kennt. Zur Zeit der Hochkonjunktur werden täglich rund 1200 Pakete versandt ohne die direkten Bahnsendungen. Der tägliche Umsatz erreicht eine Höhe von zirka 40 - 50000 Mark, der Jahresumsatz beläuft sich ungefähr auf 12 - 15 Mill. Mark. Das neue Betriebsgebäude, mit allem Comfort der Neuzeit ausgerüstet, geht in kurzer Zeit der Vollendung entgegen und hat dadurch der Umfang des Betriebes sich reichlich um das Doppelte vergrößert. Alles in der Nähe des Betriebes belegene irgend erreichbare Gelände ist aufgekauft.

Eine ganze Anzahl erst vor wenigen Jahren erbaute Willen und sonstige Gebäude sind dadurch in den Besitz des Herrn Stiefenbrock gekommen. Als Kuriosum ist noch zu erwähnen, daß die hiesige katholische Kirche inmitten des herrlichen Parkes, der zur jetzigen Jahreszeit sich wie ein wahres Paradies ausnimmt, belegen ist. Nur ein schmaler Weg macht es den Gläubigen möglich zur Stätte ihrer Andacht zu gelangen.

Verschiedene Versuche diesen stummen Mahner, in dem gemiß schon manchemal die Worte: Trachtet nicht nach

irdischen Gütern, gesprochen sind von dieser Stelle wegzubekommen sind gescheitert.

Ein weiterer Beweis von der Größe des Betriebes ist wohl der, daß zirka 10000 Fahrräder zum Versand fertig auf Lager stehen und ständig für 40 - 50000 Mark Schläuche und Mäntel auf Lager vorhanden sein sollen. Zu bemerken ist noch, daß der Versand nur gegen Kassa erfolgt, selbst die im Betriebe beschäftigten Arbeiter können nur gegen Baar Waren irgend welcher Art beziehen. Da nun auch alles gegen Baar eingekauft wird, ist die Firma in der Lage zu den allerbilligsten Preisen einzukaufen und wirft dadurch das Geschäft einen Riesengewinn ab.

Der Beweis hierfür ist wohl der, daß das Geschäft erst zirka 20 Jahre besteht, und Herr Stiefenbrock, um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, mit nicht 15 angefangen hat. Aber ein anderer wichtiger Faktor spielt noch mit, und das ist der, daß es der Herr Stiefenbrock ganz ausgezeichnet verstanden hat, und auch noch versteht, aus den Knochen seiner Arbeiter Kapital zu schlagen. Die allererbärmlichsten Löhne werden für unsere Kollegen in diesem Betriebe bezahlt. Die verheirateten Kollegen müssen mit ganzen 15 Mk. die Woche anfangen, und der Höchstlohn beträgt, sage und schreibe, 18 Mk. die Woche. Insgesamt werden in dem Betriebe etwa 60 Bader und 90 - 100 Kaufleute beschäftigt.

Mit Hilfe eines fein ausgeklügelten Prämiensystems, wird die Leistungsfähigkeit bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gesteigert, und dadurch Neid und Zwietracht unter die Kollegen gebracht. Außerdem wird aber auch dadurch, daß die Zahl der gepackten Sendungen eines jeden Kollegen genau notiert wird, ohne dabei Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der zu verpackenden Sachen zu nehmen, für eine weitere Anspannung der Kräfte gesorgt.

Da es uns nun bisher nicht möglich war, mit der Organisation in den Betrieb einzubringen, und dadurch die Kollegen aufzuklären, herrscht unter diesen die allergrößte Uneinigkeit. Der eine wollte eben noch mehr leisten wie der andere, und wenn der eine nun leichter zu verpackende Sendungen hatte wie der andere, machte sich sofort der Neid bemerkbar. Die Kollegen sahen eben nicht ein, daß sie sich dadurch selbst schädigten, und der Unternehmer der lachende Erbe bei der Geschichte war. Ueber die Verhältnisse sind manchemal stärker wie die Menschen, und selbst der zurückgebliebenste Arbeiter kommt schließlich einmal zu der Ueberzeugung, daß wir als Arbeiter die Pflicht haben, mit unsern Klassenossen zu halten, und so ging es auch hier. Es gibt ja auch kein besseres Beispiel dem Kollegen die Augen zu öffnen, wie gerade der Aufschwung der Firma Stiefenbrock, ein Mann, der über Millionen kommandiert, und dabei auch nur im Besitze eines Kopfes und ein paar Arme, dagegen sie selbst, die Arbeiter, sie leben heute in genau denselben Verhältnissen, wie vor 10 und mehr Jahren, ja, ihre Verhältnisse haben sich noch durch die enorme Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse bedeutend verschlechtert. Diese einfache Tatsache muß ja aufklärend, ja geradezu aufhebend wirken. Wir begrüßen es deshalb mit Freuden, daß endlich die Kollegen aus ihrem Schlafe aufgewacht sind, daß sie endlich sich auf ihre Menschenwürde besonnen haben. Wir als Arbeiter haben das Recht und auch die Pflicht, menschenwürdige Verhältnisse zu fordern, das kann aber nur mit Hilfe einer guten Organisation geschehen. Darum ist es auch Pflicht eines jeden Arbeiters der Firma Stiefenbrock, sich der Organisation anzuschließen, nur dann werden auch die Verhältnisse bei der Firma die so notwendige Aenderung erfahren können. Darum Kollegen hinein in die Organisation, ihr seid es euch selbst, eurer Familie, euren Kindern schuldig.

Die Herren Prinzipale in Einbeck. Auch die Herren Prinzipale der Einbecker seit der letzten Session haben sich sehr interessiert, sich unter dem Namen „Verein zur Lösung der Interessen Einbecker Arbeitshilfsarbeiter“ zu vereinen. Nachdem ihnen dies zum größten Teile gelungen, glaubten sie in erster Linie ihre Interessen wahren zu können, wenn sie gegen ihre Angestellten Front machen. Sie kündigten deshalb am 30. März den im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarifvertrag und er suchten um Ermäßigungsbescheinigung. Den übrigen Firmen, die noch außerhalb der Prinzipalvereinigung standen, kündigten wir den Tarifvertrag. Wir reichten eine Vorlage ein, die die Vereinigung mit einer Gegenvorlage beantwortete. Die Gegenvorlage hatte anstatt eine Verbesserung verschiedene Verschlechterungen, auch wurde den Einkassierern mitgeteilt, daß, wenn sie diese Tarifvorlage nicht akzeptieren, mit der Organisation nicht verhandelt wird. Eine Vollversammlung der Sektion der Einkassierer befaßte sich mit dieser Vorlage und wies sie einstimmig zurück. Zugleich wurde beschlossen, nachdem von Seiten der Prinzipalvereinigung an ein Entgegenkommen nicht mehr zu denken war, die Stellungen am 30. April zu kündigen. Einhellig wurde die Kündigung durch Unterschriften vollzogen und der Organisation zur Weiterbeförderung überlassen.

Die Herren Prinzipale rüsteten sich nunmehr zum Kampfe. Inseerat erschienen in den hiesigen Tagesblättern, wo den Einkassierern ein gesichertes Einkommen von 80 Mk. pro Woche garantiert wurde. Die Herren Prinzipale hatten anscheinend wenig Glück, ein tüchtiges Personal zu finden, denn sonst hätten sie ihren Anspruch gemacht, unter keinen Umständen mehr mit der Organisation zu verhandeln. Am 12. Mai fand auf Antrag der Sektion der Einkassierer der erste Termin auf dem Einigungsamt des Kaufmannsgerichtes statt, wo wieder Erwarteten die Herren Prinzipale erschienen sind, und sich zum Verhandeln bereit erklärten. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig und langwierig. Von beiden Parteien lag ein Vertragsentwurf vor. Die Vorlage der Abzählungsgeschäftsinhaber enthielt im Vergleiche zum bisherigen Vertrags ganz bedeutende Verschlechterungen. So sollte den Einkassierern für die sogenannten Selbstzahler die bisherige Provision von 5 Prozent nicht mehr bezahlt werden. Dieses Anstehen wurde von uns als unannehmbar zurückgewiesen und befanden uns im Einklang mit der Ansicht des Vorsitzenden Dr. Gehler. Während unser Vertragsentwurf einen fixen Wochenlohn von 20 Mk. vor-

sch, soll dieser nach der Vorlage der Prinzipale nur 18 Mk. betragen. Der Entwurf der Arbeitgeber verlangte die Zahlung der Provision erst nach Begleichung von zwei Dritteln des Kaufpreises, wogegen wir die Auszahlung am Monatsende vorzuziehen. Entgegen unserm Vorschlage enthält die Vorlage keine Bestimmung über Urlaubsgewährung. Der Freitag jeder Woche soll den Einkassierern nach beiden Vorlagen als freier Tag belassen werden. Die Arbeitgeber erklärten, an dem Wegfall der Selbstkommerzproduktion festhalten zu müssen. Dagegen seien sie bereit, die Zahlung der Provision nach Zahlung der Hälfte des Kaufpreises auszuführen und den Lohn auf 19 Mk. zu erhöhen. Die Einkassierer erklärten, nur auf das Angebot bezüglich des Auszahlungstermins der Provision eingehen zu können, in den beiden andern Punkten sei das Angebot der Unternehmer unannehmbar. Die Prinzipale gingen trotz dem Zureden des Vorsitzenden von ihrem Entschlusse nicht ab und hielten wiederholt um Vertagung. Dem Gewerberichter gelang es immer wieder, die Verhandlungen fortzuführen, bis nach einer fünfständigen Verhandlungsdauer ein provisorischer Tarif zustande kam.

Eine Vollversammlung der Einkassierer nahm zu dem provisorisch festgelegten Tarifvertrag Stellung und bezeichnete denselben für unannehmbar, da er bei einer zweijährigen Tarifdauer nur eine fünfprozentige Lohnerhöhung vorsah. Mit allen gegen sieben Stimmen wurde derselbe abgelehnt.

Den Prinzipalen war dieser Vertrag zu hoch. Sie hatten den Tarif nicht gekündigt, um den Einkassierern mehr zu bezahlen, weshalb sie sich zu keinem Beschlusse auftraffen konnten. Erst nach 10 Tagen hatten sich die Gemüter wieder soweit beruhigt, daß sie wieder klar denken konnten. Wir erhielten am 21. Mai nachfolgendes Schreiben:

An den
Handels- und Transportarbeiter-Verband
(Sektion der Einkassierer)

München
Der Verein zur Wahrung der Interessen Münchener Kredithäuser hält es für seine Pflicht mitzutheilen, daß der unterm 12. d. M. unterm Vorbehalt des Herrn Gewerberichters Dr. Gehler stipulierte Tarifvertrag von Seiten unseres Vereins aufrecht erhalten wird, weitere Zugeständnisse jedoch nicht gemacht werden. Wir erwarten innerhalb zwei Tagen, d. i. Samstag, den 23. d. M., Ihren definitiven Entschluß.
Hochachtungsvoll
Verein zur Wahrung der
Interessen Münchener Kredithäuser
J. Ehon.

Am 22. Mai erhielten die Herren nachfolgende Antwort:
An den
Verein zur Wahrung der Interessen Münchener Kredithäuser.
Beyzugnehmend auf Ihr Schreiben vom 21. Mai teilen wir Ihnen mit, daß wir in gestriger Versammlung nochmals zu dem provisorischen Tarifvertrag Stellung nahmen. Es wurde nunmehr gegen eine Stimme beschlossen, an dem ersten Beschlusse festzuhalten, nämlich 20 Mk. Fixum und einen jährlichen Urlaub von 8 Tagen.
Hochachtungsvoll
Der Vorstand.

Am 23. Mai hatten bereits 4 Firmen die Forderungen genehmigt, darunter die größte Firma am Orte mit 18 Einkassierern, nämlich die Firma M. Georg, die Mitglied des Prinzipalvereins war.

Am 26. Mai fanden auf Ansuchen der Prinzipalenerdings Verhandlungen statt, die zu einem vollständigen Siege der Einkassierer führten. Zwar sträubten sich die Herren Prinzipale, noch in diesem Jahre 20 Mark Fixum und 8-tägigen Urlaub zu gewähren. Sie gaben aber nach, als Herr Gerichtsrat Dr. Bremner den zweiten Vermittlungsvorschlag machte, daß ab 1. Oktober 1908 das Fixum 20 Mk. betragen soll. Dem konnten auch die Einkassierer zustimmen, mußten sie doch, daß es den Herren Prinzipalen weniger um die eine Mark zu tun war, als darum, daß sie nicht bedingungslos kapitulieren wollten. Der Sieg der Münchener Einkassierer ist um so höher zu schätzen, als sich sämtliche Einkassierer nunmehr in einem Tarifverhältnis befinden. Mögen sie aber auch nicht erlahmen und den Ausbau ihrer Sektion bewerkstelligen. Der Tarif kommt in der nächsten Nummer des Couriers zum Abdruck.

Transportarbeiter.

Der Zentralverband der Arbeitgeber in den Transport-, Fuhrwerks- und ähnlichen Gewerben, hält seine diesjährige Generalversammlung am 13. Juni d. J. im Saale des Kaufmännischen Vereins, zu Frankfurt a. M. a. b.

Auf der Tagesordnung steht unter Anderem:
"Der Werdegang des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter Deutschlands."
Die Entwicklung des Zentralverbandes der Handels- und Transportgewerbe, und seine Aufgabe für die Zukunft. Referenten Dr. Starke und G. Beck. Antrag des Herrn R. a. h. e. r t, Heidelberg, daß alle Lokalvereinigungen Hilfskolonnen bilden sollten, um sich gegenseitig in Streikfällen durch Zusendung von Arbeitswilligen unterstützen zu können.
Unermüdete Aufklärungsarbeit unsererseits wird die Selbstberger Matroburkolonnen gleich nach ihrer Formation zur Disposition bringen. Wenn indes die Herrn Arbeitgeber selber Transportarbeiter spielen, so lassen wir ihnen gern das Vergnügen.

Die "Spektationszeitung" schreibt über den Stand des Spektationsverbandes im Jahre 1907:
"Die Organisation des Lokalvereins Berliner Spektateure ist auf neuer Grundlage fester ausgebaut worden, ebenso wie der Verein deutscher Spektateure, der Berlin als Vorort wählte, seine Organisation weiter auszubauen bemüht bleibt, um der immer umfassenderen Organisation der Arbeitnehmer eine entsprechende Macht entgegenzustellen."
Also, Kollegen, Ihr seht, wohin die Fahrt geht. Richtet Euch rechtzeitig darauf ein.

Strafe muß sein. "Grober Unfug" vom 18. März. Die Sektion der Kollfuhrer hatte den Märzgefallenen einen Kranz mit roter Schleife gewidmet, der seines Umfanges halber auf einem Kollwagen am Morgen des 18. März nach dem Kirchhof gebracht worden war. Die Pferde des Gespannes waren mit roten Bändern geschmückt. Ein Strafbefehl wegen "groben Unfugs" war die Folge davon. Der Kutscher Wilhelm Otto sollte wegen der Leitung des hübschen Gespanns eine Haftstrafe von einer Woche und eine Geldstrafe von 10 Mk. erdulden. Der Strafbefehl beschuldigte ihn: Am 18. März 1908 zwischen 6 1/2 und 7 Uhr vormittags in Berlin durch zwei selbständige Handlungen: a) dadurch groben Unfug verübt zu haben, daß sie in der Absicht, Aufsehen zu erregen, zum Zwecke der Märzfeier auf einem Kollfuhrwerk, dessen Pferde mit roten Schleifen behangen waren, einen Kranz durch die Straßen nach dem Friedhof der Märzgefallenen fuhrten, b) in der Landsberger Allee ein bespanntes Fuhrwerk ohne Aufsicht stehen gelassen zu haben.

Nachdem Otto sich von der Mühle, die das Durchlesen des Strafbefehls verursacht, erholt hatte, erhob er gegen denselben Einspruch. Die Sache kam am Mittwoch vor dem Schöffengericht in Alt-Moabit zur Verhandlung. Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld verteidigte den Angeklagten. Als Belastungszeuge war der Schutzmann Grabert geladen. Dieser mußte selbst zugeben, daß der Wagen keine Ansammlung von Menschen und keine außergewöhnliche Aufmerksamkeit erregt habe. Es blieb schließlich nur das entsetzliche Verbrechen übrig, daß der Wagen zeitweilig ohne Aufsicht gelassen sei. Die Verteidigung hatte einen Zeugen geladen, der selbst die Aufsicht führte, während der Kutscher einmal abwesend war. Das Gericht lehnte die Vernehmung dieses Zeugen ab. Der Schutzmann Grabert behauptete, daß er den Wagen eine Viertelstunde lang beobachtet und ohne Aufsicht gestanden habe.

Da der Anklage jedes Tatbestandsmerkmal für "groben Unfug" entzogen war, mußte der Amtsanwalt die Freisprechung wegen dieses Delikts beantragen. Wegen den angeblich veräußerten Aufsicht aber beantragte er 10 Mk. Geldstrafe. Das Urteil lautete in Uebereinstimmung mit diesen Anträgen. Soweit der Freispruch erfolgt ist, trägt die Kosten die Staatskasse. Das Vaterland ist gerettet! Eine Polttill der Madefische, wahrlich ein würdiger Neuzug, das Militär von Bajonetten zur Verfügung hat. Aber die Nachwelt muß schließlich auch etwas zum Lachen haben.

Chemnitz. Der hier in der Mühlenstraße seitens des Arbeitgeberverbandes für das Chemnitzer Fuhr- und Verleihs-gewerbe etablierte Arbeitsnachweis wurde von den Kollegen seit dessen Bestehen nur mit Widerwillen benutzt. Diese Ablehnung resultiert in der Hauptsache aus dem Umstande, daß diesem Arbeitsnachweis ein Herr vorsteht, der nach Lage der Sache hierzu nicht besonders geeignet erscheint. Es scheinen schwarze Listen geführt zu werden, denn verschiedene Kollegen erhielten nicht nur keine Arbeit, sondern sind, wenn sie selbst Arbeit gefunden, wieder entlassen worden. Derartige Fälle haben in letzter Zeit den Unwillen der Kollegenchaft in höchstem Maße erregt, so daß, wenn hier seitens des Arbeitgeberverbandes nicht bald gründlich Wandel geschafft wird, ernste Konflikte unabweislich erscheinen.

Chemnitz. Da es sich seit der "Chemnitzer Fuhr- und Verleihs-gewerbe" vorerwähnten Unglücksfälle ereigneten, um diesen "Winterbetrieb" einmal genauer anzusehen. Wir sagen deshalb Winterbetrieb, weil er unter städtischer Subvention steht. Dort ist in letzter Zeit beinahe jede Woche ein Kollege verunglückt. Am Köbnerplatz gingen ein paar Pferde durch; der Geschirrführer wurde vom Hoch geschleudert und überfahren. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus aufgenommen werden. Kaum 8 Tage später wollte der Wärter Schubert in der Ventilkammer eines Bassins eine Schraube fester anziehen. Durch die angesammelten Gase wurde er betäubt. Ein hinzukommender Arbeiter stieg hinunter und wurde ebenfalls betäubt. Der Wärter war tot und der Arbeiter mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der Wärter hat die Defekte der Ventile schon mehrmals bei der Direktion angezeigt, aber ohne Erfolg. Auch sollte das Bassin mindestens alle zwei Jahre gereinigt werden, damit sich nicht so viel Gase ansammeln könnten. Die letzte Reinigung liegt aber bereits über drei Jahre zurück. Gähnige Lagen später stürzte wieder ein Kollege vom Wagen und wurde überfahren. Er trug zum Glück nur leichtere Verletzungen davon. Und wollten wir noch weiter zurückgreifen, so könnten wir noch eine ganze Reihe deraußerer Fälle anführen. Morin liegt nun die Ursache? Diese verrät ein bürgerlicher Stadtverordneter in einer der letzten Sitzungen, wo es sich darum handelte, den Tarifgen. Gesellschaft zu erhöhen. Der Bericht über diese Sitzung lautet: "Dem gegenüber verliest Herr Deutler einige Sätze aus der Druckvorlage, in denen gesagt wird, daß zu einer Zeit in der die Gesellschaft Dividende von 8 und 11 Prozent ausbezahlt hat, das Inventar in überaus mangelhaftem Zustande sich befand, daß die Arbeitslöhne zu niedrig seien und die Pferde über Gebühr angekrenzt würden. Man könne nicht sagen die Gewinne der Gesellschaft würden erarbeitet, die Gewinne würden erschuffert." Und dieses trifft auch zu, hat doch das Personal noch eine Arbeitszeit von 17 Stunden. Ununterbrochen müssen sie in dieser Zeit auf der Straße liegen, Frühstück, Mittag und Abend muß im Wagen eingenommen werden, denn Pausen gibt es nicht. Und für diese Tätigkeit gibt es den horrenden Lohn von 18 — 23 Mark pro Woche. Bei einer derartig langen Arbeitszeit ist es dann kein Wunder, wenn Anfälle wie die oben geschichteten eintreten.

Da nun im letzten Geschäftsjahr gen. Gesellschaft die armen Aktionäre nur zwei Prozent Dividende erhalten können, wird im Geschäftsbericht unter anderem geschrieben: "Die Zahlen auf der Sollseite beweisen ja besonders deutlich, woran die Minderrentabilität liegt."

Zunächst sind die Löhne von 81002,71 Mk. auf 93647,50 Mk. gestiegen, weil wir unsern Arbeitern mit Rücksicht auf die teuren Zeiten freiwillige Lohnzulagen gemacht haben. Wie kommt es aber nun, daß nur die Hälfte des Personals diese freiwilligen Zulagen erhalten hat? Bestehen vielleicht für die andere Hälfte die teuren Zeiten garnicht? Wenn wir die oben angeführten Löhne berücksichtigen, und die 75 — 80 ständigen Arbeiter in Betracht ziehen, zu denen im Sommer noch 40 — 50 Saisonarbeiter für Landwirtschaft hinzukommen, so wirkt diese Mehrausgabe an Lohn geradezu beschämend für die Gesellschaft, deren Aktienkapital 600 000 Mk. beträgt.

In welcher liebreichen Zustand sich das Inventar befinden muß, zeigt das Reparaturen-Konto, das von 9308,65 Mk. auf 14344,74 Mk. gestiegen ist. Um nun die elenden Löhne noch etwas zu vertuschen, erhalten die Arbeiter zum Teil Weihnachtsgarantierungen, in Höhe von 3 bis 25 Mark. Im Geschäftsbericht finden wir hierfür 6500 Mk. ausgeworfen. Davon erhalten die 75 — 80 Arbeiter ungefähr 1000 Mk., der Vorstand und 11 Beamte aber 5500 Mk. Ob dieses eine gerechte Verteilung ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Unsere Aufgabe wird und muß es sein, den dortigen Kollegen eine bessere Existenz zu schaffen, vor allen Dingen die unmeniglich lange Arbeitszeit und die elenden Löhne zu beseitigen. Wenn wir dieses erreichen wollen, müssen sich die Kollegen der Dinger-Abfuhr-Gesellschaft auch endlich einmal aufraffen, und sich Mann für Mann ihrer Berufsorganisation anschließen. Also vorwärts, hinein in den Deutschen Transportarbeiterverband.

Göppingen. Eigentümliche Ansichten vom Rechte der Lohninbehaltungen, sowie von den geschlechtlichen Kündigungsfristen haben noch eine große Anzahl hiesiger Fuhrwerksbesitzer. Wegen der allerverständlichsten Sache lassen sich hiesige Unternehmer verlaugen und suchen sich dann mit dummen Ausreden vor dem Gericht als rechthabende Partei hinzustellen. So waren wir vor kurzem wieder gezwungen, den Bau- und Dampfmaschinenfabrikanten Hieber vor das Gewerbegericht zu zitieren, der sich weigerte, seinem Fuhrmann den verdienten Lohn von 8 Mk., sowie eine früher gestellte Ration von 9 Mk., insgesamt 17 Mk., herauszuzahlen. Herr Hieber bestritt, dem Fuhrmann etwas schuldig zu sein, ja, er hatte noch die Stirne, den Arbeiter vor dem Gericht des Diebstahls von 25 Mark zu bezichtigen, trotzdem dieser "Arbeitgeber" vielleicht noch nie eine Peitsche in seinem Betriebe angeschafft hat. Eine Einigung wurde vor dem Gewerbegericht nicht erzielt, so daß der Vertreter des Klägers, Kollege Rehbach, schließlich die Vorlage der Geschäftsbücher des H. verlangte, welchen Antrag das Gericht stattgab. Anstatt nun vor der neuerlichen Verhandlung die Wahrheit seiner Behauptungen zu beweisen, fing Herr Hieber den Kläger eines Tages auf der Straße ab und bezahlte ihm die verlangten 17 Mk. Also zuerst leugnen und den Arbeiter noch verdächtigen, dann geht man der Freistellung der Wahrheit doch aus dem Wege. Hoffentlich läßt sich Herr Hieber diese Lehre zur Warnung sein; von seinen jungen Staltern, die er jetzt zum Fahren eingestellt hat, wird er jedenfalls um keine Peitsche bestohlen, denn diese schneiden sich einfach eine Rute von einer Seide und lustig wird dann das auf los gefahren.

Im vergangenen Jahre mußten wir mit dem Besitzer der Brauerei zum Mad gleichfalls wegen einem unberechtigten Entlassung ohne Kündigung, sowie Einbehalt der Ration rechten. Ein Kollege Bierführer, der vor dem 18. Stunden im Dienst war, sollte nach kurzer Pause zum Mahen fahren; doch während des Mittagessens schlief er ein, was dem Prinzipal genügender Grund schien, den Mann sofort zu entlassen. Auf die Intervention des Gaultiers, sowie des Genossen Rehbach hin, ließ sich der Besitzer jedoch eines Besseren belehren: er bezahlte dem Kollegen 49 Mk. bar aus und war so weiteren Unannehmlichkeiten entzogen. Ähnliche Fälle sind in kurzer Zeit eine ganze Anzahl zu verzeichnen, und wir möchten den Göppinger Herren Fuhrwerksbesitzern den dringenden Rat erteilen, sich doch die Gewerbeordnung etwas anzusehen, welche dem Arbeitgeber nicht bloß Rechte, sondern auch einige Pflichten auferlegt. Speziell die Kapitel Lohnzahlung und Lohninbehaltung, Kündigung, Sonntagsarbeit und Beschaffung gelungener Schlafräume seien ihnen besonders empfohlen. Auch in dem größten Betriebe am Orte, im Spektationsgeschäft Waackler, dürfte in mancher Beziehung mehr Ordnung herrschen. Ueber die Kündigung ist sich dort nicht ein Arbeiter und anscheinend auch nicht der Arbeitgeber im klaren. Dem einen wird gekündigt, dem andern nicht, den einen läßt man ungelündigt weg, bei dem andern verlangt man wieder, daß er seine Kündigungsfrist einhält. So ist es schon manchem Kollegen passiert, daß er sich eine bessere Stellung gesucht hatte, versprach dort die Aufnahme der Arbeit, und wenn er ausziehen wollte, hielt man ihm mit dem Hinweis auf die Kündigung fest. Allerdings tragen die Arbeiter selbst auch einen großen Teil mit Schuld an diesen Zuständen. Gerade die Arbeiter der Dingerbestätterei sind es, die sich bisher allen Organisationsbestrebungen gegenüber ablehnend verhielten. Früher hatten sie die Ausrede, der Verband in Göppingen hat doch keinen Bestand; nachdem die Organisation aber ganz gut gedeiht, ist diese Ausrede hinfällig, und immer noch gehen diese Kollegen ihre eigenen Wege. Selbstverständlich kann auf diese Weise keine Ordnung in den Betrieb kommen. Weil einige ältere Kollegen, welche die besseren Fuhren erhalten, sich bisher nicht ausschwingen konnten, dem Verband beizutreten, bleiben auch die anderen weg, und die Firma ist die lachende Dritte dabei. Ihr mag ja der Zustand ganz gut gefallen, aber könnten die Arbeiter bei Waackler nicht etwa einen etwas höheren Lohn gebrauchen? Was sind bei den teuren Lebensmitteln- und Mietpreisen in Göppingen 18 — 20 Mk. Lohn? Zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel!

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein“, deshalb Ihr stolger Führer und Hallenarbeiter, Bierführer, Kutscher und Hilfsarbeiter, wach endlich einmal auf, schließt Euch dem Transportarbeiterverbande an, schließt mit an der Aufklärung der Laien und Lässigen und auch für Euch wird es besser werden, die oben geschilderten Zustände werden in Wälder verschwinden. Hervorgehoben soll noch werden, daß es unter der Arbeiterschaft noch Leute gibt, die eine besondere Freude daran haben, wenn dem Verbandsmitglied Frägel in den Weg geworfen werden. Das Geschwätz, daß sich die Genossen Kinkel und Rehbach in einer Wirtschaft abfällig über den Transportarbeiterverband ausgelassen hätten, war sicher zu dem Zwecke kolportiert, um dem Verbandsmitglied zu schaden, wo doch die Tätigkeit gerade dieser beiden beweist, daß sie sich alle Mühe geben, um den Verband in Göttingen groß und stark zu machen. Würde nur der vierte Teil der Kollegenchaft so für den Verband wirken wie diese beiden, dann hätten wir in Göttingen bald keinen unorganisierten Handels- und Transportarbeiter mehr. Also Kollegen, mehr Taten, nicht so viel Worte und Ausreden, es heißt jetzt: Farbe bekennen.

Hannover. Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen bei der Firma Gebr. Mehring, Baumaterialienhandlung und Asphaltgeschäft, erzielt. Nachdem bereits im vorigen wie auch vorvorigen Jahre Verbesserungen erreicht waren, wurde auch in diesem Jahre die Organisationsleitung beauftragt, die in den Betriebsversammlungen aufgestellten Forderungen der Firma zu unterbreiten. Darauf wurden am 5. Mai der Firma, mit einem höflichen Begleitschreiben, die Forderungen zugestellt, und bis zum 7. Mai um Antwort gebeten. Am Abend desselben Tages traf von der Firma folgende Antwort ein:

Deutscher Transportarbeiter-Verband,
Hannover, Gustav-Adolfstr. 14.

In unseren verschiedenen Betriebszweigen zahlen wir schon die höchsten Löhne. Angesichts der rückgängigen Konjunktur sind wir daher nicht in der Lage, eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Wegen der ferner geäußerten Wünsche sind wir bereit, mit uns **r a m A r b e i t e r a u s s c h u ß** in Unterhandlung zu treten.

Hochachtend

Gebr. Mehring.

Man sieht an dieser Antwort, daß die Firma ihren bereits bei den beiden letzten Lohnbewegungen vertretenen Standpunkt, nur mit ihren Leuten zu verhandeln, nicht geändert hat. Selbstverständlich waren die Arbeiter mit dieser Antwort nicht einverstanden und wurde daher der Verbandsvertreter beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden, um weitere Zugeständnisse zu erreichen.

Nach etwa 1/2 stündiger Verhandlung erklärte die Firma sich bereit, mit der Lohnkommission zu verhandeln, jedoch unter Ausschluß des Verbandsvertreters.

Mit Rücksicht auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage wurde daraufhin beschlossen, nicht unter allen Umständen auf Verhandlungen mit der Organisation zu bestehen. Ein neuer Versuch, den Verbandsvertreter zuzuziehen, scheiterte namentlich an der Hartnäckigkeit des Herrn Mehring sen., der anscheinend seine konservativen Ansichten bis zu seinem Lebensende nicht wechseln will.

Nach gut 1/2 stündiger Verhandlung wurde dann folgender Tarif abgeschlossen:

Tarifvertrag.

Zwischen der Firma Gebr. Mehring und deren Kutscher und Arbeiter ist heute nachstehender Tarif abgeschlossen:

1. L o h n.

Der Lohn beträgt für Kutscher 26 Mk. pro Woche; für Streicher 4,40 Mk., für Kocher und Mahlarbeiter 3,90 Mk. pro Tag, für neuereintretende Arbeiter beträgt der Lohn 3,75 Mk., steigend nach 1/2 Jahr auf 3,90 Mk. Bei Arbeiten außerhalb wird für Streicher und Kocher pro Tag 2,25 Mk. Extraentschädigung bezahlt. Für Asphaltarbeiten in den Stagen wird pro Kessel 50 Pf. für Holzlehen bezahlt oder ein Hilfsmann gestellt. Für das Füttern der Pferde wird pro Mann und Woche 4 Mk. bezahlt. Für Ueberlandfahrten werden 75 Pf. bezahlt. Die Entschädigung für Ueberstunden beträgt für Kutscher und Arbeiter 45 Pf. pro Stunde.

2. A l l g e m e i n e s.

Arbeitszeit und Pausen bleiben wie bisher bestehen. Für die Kutscher und Arbeiter wird ein verschleißbarer Schranke hergestellt. Die Lohnzahlung erfolgt Freitags. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung finden nicht statt. Dieser Tarif gilt für die Zeit vom 13. Mai 1908 bis 30. April 1910 und gilt stillschweigend auf ein Jahr verlängert, wenn er nicht 14 Tage vorher von einem der beiden Teile kündigt wird.

Hannover, den 13. Mai 1908.

Für die Firma:
Gebr. Mehring.

Für die Kutscher und Arbeiter:
Fost. Wugany. Haate.

So ist es uns nun möglich gewesen, in diesem Betriebe in wenigen Jahren die Löhne um 4-6 Mk. pro Woche zu erhöhen, eine Regelung der Arbeitszeit einzuführen, sowie auch Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagarbeit zu erreichen.

Diese Bewegung zeigt uns aufs neue, was die Organisation zu leisten im Stande ist. Unseren vereinten Kräften wird es auch gelingen, sobald im Wirtschaftsleben andere Verhältnisse eingetreten sind, die Firma zur Anerkennung der Organisation zu zwingen. Öffentlich werden aber auch die in den

übrigen Geschäften dieser Branche beschäftigten Arbeiter aus dieser Bewegung die richtige Aufgabenstellung ziehen.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Einbeck i. San. Am Montag, den 18. u. 25. Mai, fanden hier zwei öffentliche Versammlungen statt, in welchen der Gauleiter über die Notwendigkeit der Organisation sprach. Er schilderte im besonderen die Verhältnisse in Einbeck, und bewies an der Hand der hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie notwendig es die Kollegen gerade hier haben, sich der Organisation anzuschließen. Auf der anderen Seite führte er den Kollegen die Eigenschaften der Organisation vor Augen, und bewies dadurch, daß die Organisation nicht nur etwas verspricht, sondern auch dieses Versprechen zu halten weiß.

Die Aufforderung, sich der Organisation anzuschließen, blieb nicht ohne Erfolg. In der ersten Versammlung ließen sich 15, und in der zweiten noch weitere 17 Kollegen aufnehmen, dadurch war es uns möglich, die Zahlstelle auf die eigenartigen Verhältnisse, vorläufig noch abgesehen werden. Die Kollegen versprachen mit allen Kräften weiterzuarbeiten, damit auch der letzte Mann der Organisation ausgeführt werde.

Kollegen, der Grundstein zur Organisation ist gelegt worden, nun ist es an Euch für den weiteren Ausbau zu sorgen. Ein jeder muß es sich zur Pflicht machen, mindestens einen Kollegen der Organisation zuzuführen. Nur dadurch, daß ein jeder Kollege mitarbeitet, wird es uns möglich sein, die Organisation so auszubauen, daß sie ein Wehr und Waffen für die Kollegen wird. Freilich wird es uns nicht möglich sein mit einem Schlage alles zu erreichen, nur durch Anspannung aller Kräfte werden wir das gesteckte Ziel erreichen. Darum vorwärts, durch Kampf zum Sieg!

Hannover. In der am 24. Mai d. Jahres stattgefundenen Mitgliederversammlung übernahm Genosse Schmidt das Referat. Der Vortrag lautete: Aufgabe der Gemeindeführung. In demselben sprach der Referent in verständlicher Weise, woraus die Verwaltung besteht, welche Obliegenheiten sie zu beachten z. B. Steuer, Schulwesen und dergl. habe. In den Ausführungen wurden von Redner die jetzigen Zustände ins Licht gestellt, wogegen sich die Lage ganz anders gestalten würde, wenn geeignete Vertreter gewählt würden. Und um zu solchen zu gelangen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, sich das Bürgerrecht zu erwerben, was für Jeden so leicht wie möglich gemacht wird, indem ein Verein besteht, an dem man monatlich nur 25 Pf. Beitrag zu zahlen braucht. Nun, was aber die Hauptaufgabe in einer Versammlung ist, das scheinen die meisten Kollegen immer zu vergessen, nämlich, daß jeder Kollege in der Versammlung erscheinen mußte, was aber auch diesmal nicht alle beachtet hatten. Die hierorts bestehenden Verhältnisse sind nicht so glänzend, daß das Besuchen von Versammlungen nicht nötig wäre.

Verschiedenes.

Zur Entwicklung der Verkehrstechnik. Im Jahre 1800 gab es noch in keinem Teil der Welt eine Spur von einer Eisenbahn. Die erste Verkehrsanstaltung, die auf den Namen einer Eisenbahn Anspruch machen kann, wurde im Jahre 1802 durch die Besitzer einer Kohlenmine in England begründet. Diese Eisenbahn, die auf Schienen lief, aber noch keine eigentliche Lokomotive besaß, befachte sich nur mit dem Transport von Kohlen und Waren. Im Jahre 1825 verkehrte zwischen Manchester und Liverpool der erste Zug mit Passagieren. Dieser Zug hatte im ganzen ein Gewicht wie heute ein einziger Eisenbahnwagen und wurde mit einer Maximalgeschwindigkeit von 25 Kilometern von der berühmten „Kaleet“, der ersten Lokomotive Stephenson's, transportiert. Im Jahre 1850 gab es auf der Erde insgesamt 40 000 Kilometer Geleise von Eisenbahnschienen. Im Jahre 1880 360 000 und heute über 900 000. Seit 25 Jahren sind also rund 540 000 Kilometer neue Eisenbahnschienen gebaut worden. Wenn alle über der ganzen Welt zerstreuten bei Eisenbahnbauten beschäftigten Arbeiter an einer einzigen Linie bauen würden, so würden täglich etwa 60 Kilometer neue Geleise gelegt. Diese Arbeiterschaft würde übrigens eine ganze Nation darstellen können. 60 Kilometer Eisenbahn kommen durchschnittlich auf 12 Millionen Mark. Wenn man einen Unternehmergewinn von 30 Prozent von dieser Summe abzieht und den allerdings zu hohen Durchschnittslohn von 5 Mark im Tag, so ergäbe das eine Arbeiterarmee von anderthalb Millionen Erdarbeitern, Metallarbeitern usw., die dauernd beschäftigt sind, das Gelände zu eben, die Schienen herzustellen und zu legen. Das akkumulierte Arbeitskapital dieser Eisenbahnarmee beträgt rund 200 Milliarden Mark, eine Summe, mit der man etwa die ganze französische Republik mit allem Land, aller Industrie und allen Rentenmitteln kaufen könnte.

Die Transportmittel zu Wasser haben sich im letzten Jahrhundert außerordentlich vermehrt. Der gesamte Tonnengehalt der Handelsmarine der Welt betrug im Jahre 1880 4 Millionen Tonnen, heute aber 40 Millionen. Die Entwicklung der Verkehrsmittel zu Wasser hat also ungefähr gleichen Schritt mit der zu Lande gehalten.

Ueber das Maß, in dem von diesen Verkehrsmitteln von Einzelpersonen Gebrauch gemacht wird, bekommen wir einen Begriff, wenn wir bedenken, daß die Gesamtzahl Reisender, die jährlich durch die Eisenbahn befördert werden, etwa 6 Milliarden gegenwärtig beträgt. Das bedeutet also, daß im Durchschnitt jedes Individuum der menschlichen Rasse vier bis fünfmal im Jahr Eisenbahn fährt. Die Summe der von diesen 6 Milliarden Reisenden durchfahrenen Kilometer erreicht die kolossale Ziffer von zweihundert

Milliarden Kilometern, das heißt 150 Kilometer pro Kopf. Das stellt ungefähr den 20. Teil des von uns im Durchschnitt zu Fuß zurückgelegten Weges pro Jahr dar.

Um eine Strecke von 150 Kilometern zu durch-eilen, brauchen wir durchschnittlich 5 Stunden. Zu Fuß würden wir 30 Stunden gebrauchen. Das kommt einer Ersparnis von 35 Milliarden Stunden für die Menschheit gleich. Oder wenn man den hohen Durchschnittslohn von 40 Pfennig annimmt, einer Jahresersparnis von 17 Milliarden. Die Ziffern betrefis der Reisen zu Meer sind natürlich viel kleiner. Aber auch sie steigen rapid aufwärts. Von Europa nach England reisen jährlich durchschnittlich 1 200 000 Passagiere. Von Europa nach Newyork nahezu eine Million, gegenüber 300 000 in der Zeit von 10 Jahren. Diese Ziffern haben sich trotz der starken Rückwanderung von Amerika jährlich stark gehoben. Die Benutzung der Linie nach Brasilien und La Plata steigt auch fortwährend.

Wahrscheinlich wird das Steigen der Zahlen auf dem Gebiete der Verkehrstechnik zu Wasser und zu Lande erst dann aufhören, wenn das neueste Verkehrsmittel, das lenkbare Luftschiff, einmal seinen Siegeszug über die Welt antreten wird.

Der Umsatz der englischen Großhandels-Gesellschaft belief sich nach dem soeben erschienenen Semesterverricht über die zweite Hälfte des Jahres 1907 auf rund 264 360 000 Mk. Die Vermehrung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres beläuft sich auf 24 840 000 Mk. oder 10 1/2 pCt. Die verschiedenen Produktionsabteilungen erzeugten im zweiten Semester vorigen Jahres Waren im Werte von rund 36 980 000 Mark, was einer Vermehrung von 7 807 800 Mk. oder 15 1/2 pCt. entspricht. Es ist bemerkenswert, daß die Produktionsbetriebe sich jetzt relativ schneller entwickeln als der Gesamtumsatz. Während letzteres im ganzen Jahre 1907 um 9 1/2 Prozent wuchs, hat sich der Produktwert der eigenen Fabriken um 20 1/2 pCt. gesteigert gegenüber 1906. Der Ueberchuß für das zweite Semester 1907 beziffert sich nach Vornahme der Abschreibungen mit nach Abzug der Zinsen für das Anteilscheinital auf rund 5 218 400 Mk., für die der Verwaltungsrat folgende Verteilung der Generalversammlung vorschlägt: Rückvergütung an die Vereine, welche Mitglieder sind nach Maßgabe ihrer Bezüge: 3 912 880 Mk. an die Vereine, die nicht Mitglieder sind, 19 880 Mk. außer ordentliche Abschreibungen auf Land und Gebäud: 270 500 Mk., auf Mobilien 310 000 Mk., auf ausstehende Forderungen 420 Mk. Dem Reservefond sollen 700 950 Mk. zugeschrieben werden.

Briefkasten.

Chemnitz. Wir können mit Berichten, in denen es heißt, es soll das und jenes geschehen sein, nichts anfangen. Wir bitten nur zu berichten, was geschehen ist.

Mitteilungen des Vorstandes.

Die neue Verwaltungsstelle wurde errichtet am 25. Mai 1908 in Einbeck i. S. Bev.: C. S. Aug. Müller, Maschinenr. Kass.: Wlsh. Bukowsky, Beierlilienstr. 3. Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 8. Abs. 7 des Verbandsstatuts nachstehend verzeichnete Mitglieder: In Berlin I: Böning, Franz, Opt.-Nr. 60 280, Severin Paul, Opt.-Nr. 58 776, Schmidt, Friedrich, Opt.-Nr. 51 80. In Berlin II: Wasmüller, Franz, Opt.-Nr. 98 44. In Dresden: Doctel, William, Opt.-Nr. 152 16. In Jöhner, Paul, Opt.-Nr. 158 229, Kuhlmann, Wa Opt.-Nr. 152 114, Zumppe, August, Opt.-Nr. 158 044. In Hamburg II: Raschmer, Karl, Opt.-Nr. 188 751. In Rattowitz: Nowak, Johann, Opt.-Nr. 265 59. In Proste, Max, Opt.-Nr. 265 572, Scharff, Johann, Sp Nr. 265 618.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Breuer, Joseph, Opt.-Nr. 227 540 der Verwaltungsstelle Bonn a. Rh., eingetreten dabei am 17. Februar 1900 und Schmitt, Matthias, Opt.-Nr. 227 555 derselben Verwaltungsstelle, eingetreten in Bonn am 2. April 1900. Wir eruchen, falls diese Bücher gefunden oder vorgezogen werden, dieselben anzuhalten und an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

J. A.: O s w a l d S c h u m a n n, Berlin SO. 11 Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

M. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl K a s e l e r, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Für unsere Verwaltungsstelle Bremen suchen wir einen Ortsbeamten. Bewerber müssen mindestens drei Jahren gewerkschaftlich organisiert u mit der Leitung von Lohnbewegungen sowie mit Agitationsarbeiten vertraut sein. Vorausgesetzt wird fer die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort u Schrift.

Offerten sind unter Beifügung einer ausführlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten den unterzeichneten Vorstand bis 1. Juli d. Js. ohrreichen. Briefmarken sind nicht beizufügen.

Der Vorstand

Verantwortl. Redakteur: Franz Kettig, Berlin. Verlag der Buchhda. „Courier“, C. Schumann-Ver Drud: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr.

Der Sieg des Sozialismus.

Gewehr und Säbel und Kanone
Schützt unsern Geldsack, nun wohlant!
Dröhnt auch der Arbeit Bataillone
Gewalt'ger Massenschritt heran!

In obigen — frei nach Scävola gewählten —
Worten ist das „Verständnis“ gekennzeichnet, welches
die Bestehenden und Herrschenden bisher den sozia-

Die Gründe hierfür sind nicht allzu weit zu
suchen! Abgesehen von dem zähen Kampf um den
„alten Hausrat teurer Ahnen“ — verrottetes und auf
die Dauer nicht mehr aufrecht zu erhaltende Privi-

In Wirklichkeit besteht ein himmelweiter Unter-
schied zwischen Sozialismus und Anarchismus, wenn
auch beide ein ähnliches Ziel erstreben, sofern dies

Welche trefflichen Widersatiren sind zugleich
Symbole für die grundverschiedenen
Wege des Sozialismus und Anar-

Ein guter Erfolg auf diesem Gebiete ist bereits
erzielt worden. An Stelle der in jämmerlicher Feig-

wandlung des kapitalistischen Privateigentums in ge-
sellschaftliches Eigentum und durch Umwand-
lung der bestehenden Warenproduktion in sozialisti-

Der Feind, den wir am tiefsten Hasen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,

Sa, in der Tat, der Sieg des Sozia-
lismus ist mit dem Augenblick ent-
chieden, wo das Proletariat durch

Wenn die Menschheit erst die Ungerechtigkeit und
Widersinnigkeit unserer „herrlichen“, sogen. „göttlichen
Welterdung“ erkennt — wo einige Wenige im

Ob diese einstige „Expropriation der Expropria-
teure“, diese naturnotwendige „Operation“
an den „besseren“ und „edlen“ Teilen der Menschheit,

Seine freilich — gestützt auf Kanonen und Bajon-
netts, unter den Fittichen des „elendesten aller Wahl-

Das werktätige Volk (die 85 pCt. der Rechtlosen!)
will nicht länger zusehen, wie der „große“ und „kleine
Geldsack“ die Gehege machen, während es selbst als

Die endgültige Feststellung der Werzhahlen des
deutschen Außenhandels für das Jahr 1907, die vom
kaiserlichen Statistischen Amt unter Zugrundelegung

Die endgültige Feststellung der Werzhahlen des
deutschen Außenhandels für das Jahr 1907, die vom
kaiserlichen Statistischen Amt unter Zugrundelegung

Die endgültige Feststellung der Werzhahlen des
deutschen Außenhandels für das Jahr 1907, die vom
kaiserlichen Statistischen Amt unter Zugrundelegung

Markt herausgestellt hat. Der Wert der Ausfuhr be-
trägt andererseits nur 7101 Mill. Mark gegenüber
einer Umnahme von 7121 Millionen im Januar d. J.

Table with 3 columns: Year, Import (Einfuhr), Export (Ausfuhr). Rows for years 1907, 1906, 1905, 1904, 1903, 1902, 1897.

Hiernach hat im letzten Jahre die Einfuhr eine
Steigerung um 728 (1906 um 893) Mill. Mark und
die Ausfuhr eine solche um 492 (628) Mill. Mark

Wenn man die Werzhahlen des Außenhandels,
wieder unter Ausschluß des Wertes der Edelmetalle,

Table with 4 columns: Region, 1907, 1906, 1905. Rows for Europe, Asia, Africa, America, Australia.

Table with 4 columns: Region, 1907, 1906, 1905. Rows for Europe, Asia, Africa, America, Australia.

An der Zunahme der Einnahme der Einnahme sind hiernach
im Vergleich zum Vorjahr alle Erdteile stark be-
teiligt, während die Ausfuhr hauptsächlich im Verkehre

Die Einfuhr nach Deutschland verteilt sich auf
die einzelnen Hauptbezugsländer folgendermaßen:

Table with 5 columns: Country, 1907, 1906, 1905, 1904. Rows for various countries including America, Russia, England, etc.

	1907	1906	1905	1904
Br. Südafrika	45926	35922	35977	27800
Norwegen	31251	31882	23959	25521
Japan	29357	25878	20380	20721
Finland	22732	21265	21309	18115

Hiernach sind im letzten Jahre Italien, Britisch-Australien, Niederländisch-Indien und Rumänien stark in den Vordergrund getreten, während die Einfuhr aus den Niederlanden, aus Spanien, Portugal und der Schweiz zurückgegangen ist. Absolut am bedeutendsten war die Zunahme bei der Einfuhr aus England mit 152 Mill. Mark; während Britisch-Indien mit 85, die Vereinigten Staaten mit 83, Argentinien mit 70, Australien mit 54 und Niederländisch-Indien mit 45 Mill. Mark. Auch die Einfuhr aus Schweden ist wieder recht beträchtlich gestiegen, wogegen die aus Norwegen und aus Dänemark zurückgegangen ist. Die Einfuhr aus Rußland ist bei weitem nicht so stark gestiegen wie im vergangenen Jahre, nämlich nur um 39 gegen 96 Mill. Mark; an der Zunahme ist das asiatische Rußland mit 25, das europäische nur mit 14 Mill. Mark beteiligt.

Für die Ausfuhr ergeben sich folgende Zahlen:

	1907	1906	1905	1904
England	1060362	1067239	1042435	985484
Oester. Ungarn	716595	649338	680186	554704
Ver. Staaten v. Amerika	652262	636231	542245	494741
Niederlande	452311	443372	433121	409587
Frankreich	449058	382685	293294	273903
Schweiz	446450	373557	358962	319300
Rußland	437906	406014	346318	300115
Belgien	342921	356121	312483	277351
Italien	302906	280929	163618	141272
Dänemark	207077	197262	176304	153148
Schweden	186630	176443	155894	146767
Argentinien	179179	170181	131452	102674
Br. Indien	104724	101926	85957	83099
Brazilien	104096	88762	71690	56589
Japan	102383	88021	84564	57758
Norwegen	85646	72672	70105	67084
Chile	84751	72428	53535	44668
Rumänien	68572	63858	43692	41862
Br. Australiens	67315	64381	51320	47465
Spanien	65649	57728	53060	56081
China	63156	67751	75811	52850
Finland	62655	51051	43483	35578
Mexiko	58678	48564	43493	41400
Türkei in Europa	53195	46928	49420	53281
Niederl.-Indien	42621	32303	30195	27296
Nepal	39469	36752	30302	32726
Br. Nordamerika	31984	26700	23620	25859
Br. Südafrika	28917	32676	34318	26540

Die Ausfuhr nach England, dem wichtigsten Lande für den deutschen Export, ist also um rund 7 Mill. Mark zurückgegangen und auch die nach den Vereinigten Staaten ist nur um 16 Mill. Mark gestiegen, während im Jahre 1906 eine Steigerung um 84 Mill. Mark stattgefunden hatte. Beachtenswert ist die erhebliche Zunahme der Einfuhr nach Oesterreich-Ungarn um 67 Mill. Mark, nach Frankreich um 66 Millionen Mark, nach Italien um 72 Mill. Mark und nach der Schweiz um 73 Millionen Mark. Die Ausfuhr nach Rußland ist nur um 32 Mill. Mark gestiegen, wogegen im Jahre 1906 eine Zunahme um 60 Mill. Mark stattgefunden hatte. Verhältnismäßig erheblich war auch die Zunahme der Ausfuhr nach Brasilien, Chile, Mexiko, Niederländisch-Indien und Japan. Argentinien hatte nach dem rapiden Wachstum der Vorjahre nur eine bescheidene Steigerung um 9 Millionen Mark zu verzeichnen. Abgenommen hat, abgesehen von England, die Ausfuhr nach Britisch-Südafrika um 4 Millionen Mark, nach China um 1/2 Millionen und nach Belgien um 18 Mill. Mark.

Deutschlands Kohlenverbrauch.

Das Jahr 1907 ist für Deutschlands wirtschaftliche Entfaltung auch insofern ein merkwürdiges Jahr, als der Kohlenverbrauch 200 Millionen Tonnen nicht nur erreicht, sondern sicher schon um etwas überstiegen hat. Seit 1895 oder in rund 12 Jahren hat sich der Kohlenverbrauch Deutschlands von 100 auf 200 Millionen Tonnen gehoben. Die Verdoppelung des Verbrauchs von rund 50 auf 100 Millionen Tonnen bedurfte einer Zeit von 16 Jahren. Es stellte sich nämlich der Kohlenverbrauch Deutschlands in den nachstehend aufgeführten Jahren wie folgt:

1879	52 204 000 Tn.
1895	105 877 000 "
1900	149 804 000 "
1907	208 167 472 "

Wenn auch von 1900 auf 1907 die Verbrauchs Zunahme nicht ganz so stark war wie von 1895 auf 1900, so ist sie doch recht erheblich gewesen. In die letzte Periode fiel eben ein gewerblicher Rückgang, der den Kohlenverbrauch etwas weniger stürmisch wachsen ließ. Das Jahr 1907 hat aber trotzdem eine gewaltige Steigerung der Versorgung mit Kohle gebracht. Es betrug in den letzten sechs Jahren die Versorgung Deutschlands mit Stein- und Braunkohle insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung:

	absolut	pro Kopf	Zu resp. Abnahme
	in Tonnen	in Kilogramm	gegenüber d. Vorj.
1902	148 784 975	2 581,2	—
1903	169 775 241	2 683,1	+ 151,9
1904	166 899 868	2 794,9	+ 111,8
1905	172 978 507	2 866,4	+ 71,5
1906	190 801 880	3 122,0	+ 255,6
1907	208 167 472	3 359,4	+ 237,4

Im Jahre 1906 war zwar die Versorgung noch etwas stärker, aber nur deshalb, weil sie im Jahre 1905 durch den großen Bergarbeiterstreik zurückgehalten war. In der Art der Versorgung besteht zwischen 1906 und 1907 ein auffälliger Unterschied: während an der Mehrversorgung im

Jahre 1906 die bedeutende Ausdehnung der heimischen Produktion den Hauptanteil hatte, ist die leistungsfähige Steigerung fast ganz auf den Aufschwung der Einfuhr zurückzuführen. Die heimische Förderung machte im Jahre 1907 nicht mehr so große Fortschritte wie 1906, wobei allerdings wieder daran zu erinnern ist, daß die Produktion im Jahre 1905 durch den Bergarbeiterstreik gehemmt war und dadurch die Steigerung für 1906 etwas größer erscheint als es bei normaler Entwicklung sein würde. Die Förderung stellte sich nämlich in den letzten Jahren absolut und pro Kopf der Bevölkerung wie folgt:

	absolut	pro Kopf	Zunahme
	in Tonnen	in Kilo	gegenüb. d. Vorj.
1905	173 688 775	2 877,8	—
1906	192 723 298	2 188,2	280,0
1907	205 542 688	3 331,8	173,6

1906 war die Förderung pro Kopf um annähernd 10 pCt., 1907 ist sie nur um 5,6 pCt. gestiegen. Von der Mehrförderung sind nun noch die Mengen in Abzug zu bringen, die durch Steigerung des Exports dem Inlandsverbrauch entzogen wurden. Da die Steinkohlenausfuhr im Jahre 1907 wieder gewachsen ist, so kam nicht die ganze Steigerung der Produktion dem inländischen Verbrauch zugute. Vielmehr wurde ein Teil vom Auslande abgeführt. Die Ausfuhr von Steinkohle ging von 19 560 964 Tonnen im Jahre 1906 auf 20 017 688 Tonnen im Jahre 1907 hinauf. Die Fördersteigerung allein würde also die kräftige Versorgungszunahme nicht veranlassen haben, wenn nicht die Einfuhr von Stein- und Braunkohle in ganz ungewöhnlichem Maße forciert worden wäre. Es betrug nämlich die Einfuhr von Stein- und Braunkohle seit 1908 in Tonnen:

		Zunahme
		gegen d. Vorj. in pCt.
1904	14 968 141	—
1905	17 844 954	19,9
1906	17 684 152	2,0
1907	22 692 599	28,3

Um rund 5 Millionen Tonnen hat die Einfuhr im Jahre 1907 zugenommen. Diese ungewöhnliche Steigerung ist durch die Kohlenknappheit auf dem deutschen Markte hervorgerufen worden, die namentlich den Import englischer Kohle in hohem Maße begünstigte. Bemühte sich doch selbst das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat um eine Steigerung der Zufuhren von englischer Kohle. In dem Verhältnis von Steinkohle und Braunkohle macht sich ein immer stärkeres Vordringen der Braunkohle bemerkbar. Trennt man nämlich die Kohlenversorgung Deutschlands nach Stein- und Braunkohle, so ergibt sich für die beiden letzten Jahre folgendes Bild. Es betrug die

	Steinkohlen-	Braunkohlen-
	Verorgung in Tonnen	
1906	126 182 682	64 659 085
1907	186 984 484	71 260 840

Nach vor wenigen Jahren war die Versorgung mit Steinkohle mehr als doppelt so groß wie die mit Braunkohle. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen 1906 2085,7 Kilogramm Steinkohle und 1058,4 Kilogramm Braunkohle. 1907 stieg die Versorgung mit Steinkohle pro Kopf um 144,14 Kilogramm auf 2209,84, die mit Braunkohle um 91,60 auf 1150,00 Kilogramm. Relativ ist demnach die Beteiligung der Braunkohle an der Gesamtversorgung stärker gestiegen als die der Steinkohle.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Ansbach. Nach längerem Bemühen ist es nun auch in Ansbach gelungen, unseren Verbände Eintrags zu verschaffen. Sonntag, den 10. Mai fand eine Versammlung statt und konnte die Eröffnung der Verwaltungsstelle vorgenommen werden. Es liegt nun an den Kollegen, daß sie ihrerseits alles ausbieten, um durch festes Zusammenhalten und eifrige Agitation den Verband auszubauen, damit auch in Ansbach allmählich bessere Verhältnisse in unserer Berufs Klasse greifen. Mögen daher alle diejenigen Kollegen, die nicht in der Versammlung anwesend waren, durch ihren Beitritt zeigen, daß auch sie gewillt sind, dieses Bemühen mit zu unterstützen und Schuler an Schuler mit ihren Kollegen einzutreten zur Eringung von besseren, menschenwürdigen Zuständen.

Berlin. Am 14. Mai 1908 hielt die Verwaltung II ihre Generalversammlung vom 1. Quartal ab. Zunächst gab der Bevollmächtigte bekannt, daß im verflohenen Quartal 28 Kollegen verstorben seien. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Sodann wurde eine Reihe von wichtigen Mitteilungen bekannt gegeben und zur Beratung des Kassenberichts, welcher gedruckt vorliegt, geschritten.

Kassenbericht per 1. Quartal 1908.

Einnahme:

Kassenbestand vom 1. Januar 1908	24 293,63 Mt.
Neuaufn. 1169 à 1 Mt.	1 169,00 "
" 117 à 0,50 Mt. jugendl.	58,50 "
" 127 à 0,50 Mt. weibl.	63,50 "
Wochenbeitr. 155 451 à 0,50 Mt.	77 725,50 "
" 2 645 à 0,40 Mt.	1 058,00 "
" 5 200 à 0,25 Mt. jugendl.	1 300,00 "
" 10 046 à 0,25 Mt. weibl.	2 511,50 "
" 193 à 0,20 Mt.	38,60 "
" 10 à 0,20 Mt. jugendl.	2,00 "
" 106 à 0,40 Mt. extra	42,40 "
" 9 à 0,20 Mt.	1,80 "
Streifendmarken 629 à 0,30 Mt.	188,70 "
Nachzahlungen 224 à 0,10 Mt.	22,40 "
" 13 à 0,05 Mt.	0,65 "
Ermäßigte Beiträge 4 à 0,25 Mt.	1,00 "
Duplikate 14 à 0,20 Mt.	2,80 "
Zellerversammlungen	62,45 "
Zinsen	888,20 "
Feste	1 751,65 "

Diverse	72,45 Mt.
Mainmarken (1907) 418 à 25 Pf.	104,50 "
Verbandsprotokolle 268 à 25 Pf.	67,00 "
Summa	111 391,23 Mt.

Ausgabe.

Unterstützung an Arbeitslose und Zugereifte	34,00 Mt.
Beerdigungsbeihilfe	1 008,40 "
Gehälter und Versicherungsbeitr. für Angestellte	5 707,97 "
Entschädigung für Hilfsarbeiter	2 612,85 "
Entsch. für Verwaltungsleistungen	385,20 "
Entschädigung für Beitragskassierer	4 239,54 "
Agitation, Versammlungen, Annoncen, Abonnement	1 693,72 "
Drucksachen	353,85 "
Verbandsstag	1 589,70 "
" Courier"-Expedition	2 018,85 "
Bureau-Miete	579,25 "
" Fernsprecher	112,49 "
" Beleuchtung	18,75 "
" Reinigung	205,15 "
" Utensilien	393,05 "
" Porto	158,45 "
" Diverse	141,30 "
Arbeitsnachweis pro 4. Quartal	4 127,30 "
Feuerversicherung	20,00 "
Zuschuß an die Bezirksleitung	2 407,51 "
Gesangsverein der Handels-Transportarbeiter	66,00 "
Hauptkass.; Abfertigung	57 788,60 "
Kassenbestand am 1. April 1908	25 729,30 "
Summa	111 391,23 Mt.

Bilanz.

Einnahme inkl. Kassenbestand	111 391,25 Mt.
Ausgabe	85 661,93 "
Kassenbestand am 1. April 08	25 729,30 Mt.

Berlin, den 30. April 1908.

Sermann Schulz, Kassierer.

Die mündliche Begründung des Kassenberichts wird von dem Kassierer, Kollegen Schulz, gegeben. Er hebt einleitend hervor, daß der Kassenabschluss vom vorliegenden Quartal als ein günstiger nicht zu betrachten sei. Schuld an dem Rückgang sei in erster Linie der schlechte Geschäftsgang, der sich allwärts bemerkbar mache. Die Arbeitslosigkeit greift immer mehr um sich und müssen für Arbeitslosenunterstützung ganz enorme Summen aufgewandt werden. Sodann gelangten einige interne Verbandsangelegenheiten zum Austrag, die längere Zeit für sich in Anspruch nahmen, bei der es teilweise zu recht erregten Auseinandersetzungen kam. Ein Antrag, dem Hauptvorstande zu empfehlen, die Kollegen Franz Wächsmüller wegen Streikbruch aus der Organisationsauszuschließen, wurde angenommen. Nachdem noch vom Vorsitzenden auf die bevorstehenden Landtagswahlen hingewiesen wurde und ferner die Unwesenden aufforderte, eine recht rege Agitation für den Verband zu entfalten, wurde die Versammlung geschlossen.

Celle. Am 10. Mai fand eine öffentliche Transportarbeiter-Versammlung statt, welche leider schlecht besucht war, so daß der Gauleiter einen längeren Vortrag nicht halten konnte. Obwohl den Kollegen die Versammlung bekannt war, hielten sie es nicht für nötig, zu kommen, sie saßen lieber hinterm Ofen, haben die Schlafmütze tief über den Kopf gezogen und rauchen die lange Pfeife oder gehen in andere Lokale als wie zur Versammlung. Soll das so weitergehen? Wenn die Kollegen nicht mehr Interesse für den Verband haben, so werden die Herren Fuhrunternehmer recht übermütig werden. Darum hinein in den Transportarbeiter-Verband, hinein in die Versammlungen, damit jedoch die Augen geöffnet werden. Hastet nicht eher, bis daß der letzte Fuhrmann sich unserem Verbands angeschlossenen hat, wenn wir dann mit vereinten Kräften an unsere Unternehmern herantreten, muß uns der Sieg doch werden.

Offen (Ruhr). Mitglieder-Versammlung vom 20. Mai. Als erster Punkt der Tagesordnung gab der Delegierte vom Kartell den Sekretariatsbericht. Er führte etwa folgendes aus: Das Arbeitersekretariat habe sich im verflohenen Jahre wieder gut entwickelt, denn es ist im Jahre 1907 Auskunft in 6542 Fällen gegen 5892 im Jahre 1906 erteilt worden. Von diesen wurden 4101 mündlich erledigt, in 2441 Fällen war die Aufsertigung von Schriftstücken erforderlich. Die Rechtshilfe und Auskunft verteilt sich auf verschiedene Gebiete: Arbeiterversicherung in 2026 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag 1345, Bürgerliches Recht 1480, Strafrecht 393, Gemeinde- und Staatsangelegenheit 1219, Arbeiterbewegung 29, Privatversicherung 7, Handels- und Gewerbeachen 33, Diverse 10. Auch unsere Verbandskollegen haben sich in 82 Fällen an das Sekretariat wenden müssen. Es können die Kollegen ersehen, daß die Arbeitersekretariate in ganz Deutschland zum Besten der Mitglieder wirken. Als zweiten Punkt der Tagesordnung hielt der Arbeitersekretär Becker einen Vortrag über Unfallversicherung. Er führte etwa folgendes aus: Im Jahre 1906 haben 914 Getötete und 130 625 Schwerverletzte ihren Körper auf dem Schachbrette der Arbeit geopfert, welche grauenhafte Zahlen eine herbe Anlage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung erheben. Der Begriff, was ist ein Unfall, ist der, wer bei Ausübung einer Tätigkeit einen Schaden an seinem Körper erleidet, das ist Unfall. Der Betriebsunfall ist eine körperliche Beschädigung, die eine zeitliche Arbeitsfähigkeit nach sich zieht. Die Berufskrankheiten sind von der höchsten Instanz, das Reicherversicherungsamt, nicht als Unfall betrachtet worden. Weiter wird bei Brichen, welche speziell im Transportgewerbe vorkommen, nur dann eine Rente gewährt, wenn der Verletzte mit dem Austrreten des Bruches die Arbeit direkt einstellt, denselben Tag noch einen Arzt konsultiert und der Arzt

feststellt, daß der Bruch ein frischer ist. Wenn die Kollegen sich vor Schaden bewahren wollen, so sollen sie dieses beachten; jedoch wird in diesem Falle nur eine Rente bis 20 pCt. gewährt. Die Renten-gewährung ist bei völlig Erwerbsunfähigen 60 pCt. des Arbeitsverdienstes oder die sogenannte Vollrente; bei minder Erwerbsunfähigen beträgt sie nur 60 pCt. der Vollrente. Bei Unfällen mit Todeserfolg erhält die Witwe 20 pCt. und jedes Kind 20 Prozent, bis zum Höchstbetrag von 60 pCt. zusammen. Wenn ein Arbeiter sechs Kinder hinterläßt, so erhält die Frau 20 pCt. und zwei Kinder bis zum 15. Lebensjahre je 20 pCt., doch vier erhalten nichts; hier zeigt sich die Sozialgesetzgebung wieder im schönsten Licht. Dann erstattete ein Kommissionsmitglied Bericht über den geplanten Sommerausflug. Es wurde der Vorschlag der Kommission angenommen, am dritten Sonntag im Juni den Ausflug nach Rottungen zu unternehmen.

Da der Versammlungsbesuch immer ein minimaler ist, so werden die Kollegen aufgefordert, sich besser als bisher daran zu beteiligen. Kollegen, in dieser ersten Zeit muß es anders werden, sind doch in Essen haarsträubende Mißstände vorhanden. Wo wollen wir denn unsere Agitationskraft belegen als in den Versammlungen; es ist nicht genug, daß man selber Mitglied ist, sämtliche Berufsangehörigen sollen das sein und um dieses zu erreichen, ist es nicht nur Pflicht, selber zu erscheinen, sondern noch Arbeitskollegen mitzubringen. Hoffentlich werden die Kollegen diese Mahnung nicht vorübergehen lassen und erscheinen. Die nächste Versammlung findet am 14. Juni, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Ludwig van de Loo, Schützenbahn 58, statt.

Öbrlich. Mit den letzten Vorgängen im Speditionsgewerbe beschäftigte sich eine gut besuchte Volksversammlung, die am Dienstag, den 5. Mai tagte. Der Gauleiter schilderte eingehend die Ursachen und die Nachwirkungen des Streits bei den Speditionsfirmen Schubert u. Co. und Schneider. Der Redner führte aus: Seit dem 1. April ist im Öbrlicher Speditionsgewerbe ein Kampf ausgebrochen, der so eigentümliche Formen angenommen hat, daß wir sie hiermit der Öffentlichkeit unterbreiten. Auch die Unternehmer sind eingeladen, sie haben aber den besseren Teil der Tapferkeit vorgezogen und sind ferngeblieben. Statt dessen sind einige von denjenigen erschienen, die beim Streit der Gelegenheitskutscher spielten. Der Redner ging dann auf die sozialen Kämpfe und Vorgänge im Reich ein und wies darauf hin, wie sich überall das Bestreben nach Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und der Abschluß von Tarifen bemerkbar macht. Nur die hiesigen Unternehmer des Speditionsgewerbes sind mit der Zeit nicht fortgeschritten. Sie stehen noch auf dem Standpunkte des „Herrn im Hause“ und dünken sich als Herren, während sie die Arbeiter als ihre Knechte betrachten. Sie fangen mit Mitteln an, die die Unternehmer in anderen Orten als verbraucht längst abgetan haben. Die Forderungen, die hier die Transportarbeiter seit 1905 aufgestellt haben, sind äußerst bescheiden, trotzdem lehnen sie die Unternehmer ab. Ja, sie halten nicht einmal das, was sie versprochen haben. Vor Jahren haben sie nämlich selbst einen Vertrag ausgearbeitet und darin auch Prämien für die Arbeiter festgesetzt. Eine Firma hat diese Prämienkassa auf dem Vertrage überlebt. Ein Arbeiter ist nach dreijähriger Dienstzeit entlassen worden, aber die Prämie hat man ihm nicht ausbezahlt. (Wuh!) Jetzt wollen die Unternehmer dem Publikum weismachen, der Streit sei frivol vom Zaune gebrochen. Ihre Hauptabsicht ist die Zerstörung der Transportarbeiterorganisation. Beim Streit verkindeten sie, keinen Streitenden mehr einzustellen. Wir haben auf dem Gewerbegericht vergeblich versucht, die Ausperrung aufzuheben. Wir haben uns auch direkt an die Unternehmer gewandt. Sie antworteten, wir verhandeln nicht und werden Streitende nach Bedarf wieder einstellen, wenn sie sich melden. Die Herren Schubert u. Klein haben die Streitenden einzeln nach dem Handelskammerhause geladen und ihnen dort den Austritt aus der Organisation nahegelegt. Die Eingestellten sollen einen Vertrag unterzeichnen, nach dem sie die eingeperrte Kaution im Falle eines Streites an die Armentasse abgeben müssen. Ich habe den Arbeitern gesagt, unterzeichnet ruhig diesen Vertrag, denn er ist nicht rechtsgültig, weil er gegen die guten Sitten verstößt. Auch fragten die Unternehmer, wie sie es denn anstellen könnten, die Arbeiter vom Transportarbeiterverband abzuwenden. Anscheinend planen sie die Gründung einer gelben Organisation, an der sie aber genau so wie anderswo nicht viel Freude erleben dürften. In der letzten Zeit sind nun Leute eingestellt worden, die nicht aus den Reihen der Streitenden entnommen wurden. Die Unternehmer haben damit ihr Versprechen, was sie mit ihrer Unterschrift gegeben haben, nicht gehalten. Man sieht hieraus, wie die Versprechungen der Unternehmer einzuschlagen sind. Auch auswärtige Arbeiter, die ihre Organisationszugehörigkeit zugaben, wurden nicht eingestellt. Zu den Firmen, die eine solche Scheu vor organisierten Arbeitern haben, gehört auch die Firma Rudolph. Die Herren Rudolph gehören der freireligiösen Gemeinde an. Haben sich also zur geistigen Freiheit durchgerungen, wollen es aber dem Arbeiter verweigern, wenn er sich wirtschaftlich etwas freier machen will. Die Unternehmer nehmen das Koalitionsrecht für sich in Anspruch, wollen es aber den Arbeitern verweigern, sich zu organisieren. Auch in anderen Branchen haben die Unternehmer die Einstellung der Ausständigen abgelehnt. Die Herren Speditioneure werden aber die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nicht aufhalten, denn wir werden Mittel und Wege finden, mit ihnen fertig zu werden. Die Vorgänge im Speditionsgewerbe sind eine dringende Mahnung an die gesamte Arbeitererschaft, darüber zu wachen, daß man das Koalitionsrecht nicht antastet. Es wird im Speditionsgewerbe eher keine Ruhe geben,

bis nicht die Unternehmer ihren Kutschern und Arbeitern menschenwürdige Verhältnisse gewährt haben. Die Versammlung mag ungeschminkt ihrer Meinung Ausdruck geben, ob sie das Vorgehen der Unternehmer gutheißt, oder ob sie dagegen protestiert, daß den Arbeitern ihr Koalitionsrecht verflümmert werden soll. Wir werden mit aller Energie an den weiteren Ausbau der Transportarbeiterorganisation gehen, um den fahrlässigen Meinungen der Speditioneure entgegenzutreten. — Die Versammlung, die die Ausführungen des Redners durch öftere Zustimmungskundgebungen unterbrochen hatte, sollte ihm am Schlusse des Referats stürmischen Beifall. Die sich an das Referat anschließende Diskussion war eine sehr rege. Der Versammlungsleiter, Genosse Koblender, gab bekannt, daß die Unternehmer schriftlich eingeladen wurden, es sei aber keiner erschienen. Von der Firma Schubert u. Co. waren einige Buchhalter anwesend. Einer von ihnen, ein Herr Kampf, versuchte die Maßnahmen seiner Firma zu verteidigen. Er behauptete, die Firma hätte, nachdem sie das Versprechen gegeben, Streitende wieder einzustellen, keine Leute mehr eingestellt, die nicht am Streit beteiligt waren. Die nach dem Streit Eingestellten wären schon am 1., 2. und 3. April engagiert worden und hätten erst ihre vierzehntägige Kündigung abarbeiten müssen. Seine Behauptung wurde aber sofort vom Genossen Zimmer und aus der Mitte der Versammlung heraus widerlegt. Es wurde ihm erwidert, daß erst in den letzten Tagen Leute eingestellt wurden, die also, selbst wenn sie vierzehntägige Kündigung gehabt hätten, später als am 1. April angenommen worden sind. Zudem besitze bei keiner Firma eine vierzehntägige Kündigungsfrist. Ein Redner erklärte, daß man auch das Versprechen, die kinderreichen Familienväter zuerst einzustellen, nicht gehalten habe. Ein anderer wies darauf hin, daß Leute nicht eingestellt wurden, die schon 25 Jahre bei der Firma Schubert beschäftigt waren. Herr Kampf konnte darauf nur erwidern, daß ihm die Angaben von der Firma gemacht worden sind, und er wolle sich in der nächsten Versammlung rechtfertigen. Ein selbständiger Gewerbetreibender, der auch das Wort ergriff, führte aus, daß er sich früher habe von der Firma Klein bedienen lassen, jetzt aber von der Firma Arndt. Auf diese Weise könnten die Firmen mit veranlaßt werden, ihren Angestellten bessere Löhne zu zahlen. Ein früherer Kutscher der Firma Schubert u. Co. berichtete über den anstrengenden Dienst im Zweiggeschäft auf der Peterstraße. Der Dienst beginne früh 6 Uhr und währe, wenn Fuhren nach auswärtig sind, bis in die späte Nacht hinein. Dabei bekommen die Kutscher bei auswärtigen Fuhren nur ganze 50 Pf. Bezahlung pro Tag, was selbst Herrn Kampf zu wenig war. In seinem Schlusswort rief der Referent noch einmal auf das Verhalten der Firmen Schubert u. Co. und Schneider ein. Er bat um Annahme einer inzwischen eingegangenen Resolution und um Förderung der Organisation der Transportarbeiter. Er appellierte an die Arbeitererschaft, bei jeder Gelegenheit die Transportarbeiter zu unterstützen, damit den Speditioneuren gezeigt werde, daß die Bäume der Unternehmer noch nicht in den Himmel wachsen. Die nachstehende Resolution wurde gegen die Stimmen der anwesenden Firmenvertreter angenommen. Sie lautet: „Die am 5. Mai im Konzerthaus tagende öffentliche Volksversammlung erklärt sich nach eingehendem Referat des Gauleiters über die Ursachen und Wirkungen des Streits bei den Speditionsfirmen Schubert und Schneider mit dem vom Arbeitgeberverband ausgesperrten Kollegen solidarisch und verpflichtet mit aller Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß das Verhalten der Speditioneure an die Öffentlichkeit gelangt. Insbesondere verpflichtet die Versammlung, ganz energisch für Erhaltung des Koalitionsrechtes einzutreten, da sie der Meinung ist, daß der § 152 der Gew.-Ordnung für beide Teile gleich sein muß.“ Nach Annahme der Resolution fand die Versammlung ihren Abschluß.

Günzenhausen. Endlich ist es uns gelungen, auch in unserem stoffkonservativen Ort eine Verwaltungsstelle des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu errichten. Seit nahezu einem Jahre plagen sich einige Kollegen herum, um Auffklärung und Organisationsgedanken in die Köpfe unserer vielbeschlagenen und ungenügend bezahlten Fuhrleute und Lagerarbeiter zu bringen. Nimmerehr scheint diese schwere Arbeit der Auffklärung doch von Erfolg gekrönt zu sein, denn 18 Kollegen sind bereits dem Verbands beigetreten und versprechen mit aller Kraft für die Werbung weiterer Mitglieder tätig zu sein. Wenn jetzt die Kollegen, welche vorher stets betonten, daß sie sofort dem Verbands beitreten, wenn die Sache klappt, ihre Worte in die Tat umsetzen, dann würde in dem agrarischen Städtchen Günzenhausen bald eine stattliche Zahlstelle unseres Verbandes entstehen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier schlecht genug, so daß es höchste Zeit ist, daß die Transportarbeiter durch Schaffung einer starken Organisation zur Selbsthilfe greifen.

Sagen. Am Montag, den 18. Mai tagte eine öffentliche Versammlung der Packer, Lagerarbeiter, Geschäftsdienner und Geschäftstutcher, welche einigermaßen gut besucht war. Ueber: „Die soziale und wirtschaftliche Lage der Handelsarbeiter und die Sozialreform im Handelsgewerbe“, referierte der Gauleiter. Redner verstand es vortrefflich, in einem eigentümlichen Vortrage den anwesenden Kollegen die momentane und bisherige Lage naturgetreu vor Augen zu führen und endete unter einem sehr reichen Beifall. Sämtliche anwesende Geschäftsdienner hatten dafür Sorge getragen, daß die bisher noch indifferenten Kollegen in ihrem Berufe gut vertrieben waren und fanden die lehrreichen Worte des Referenten einen fruchtbareren Boden. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß eine Firma, wo circa 5 Kollegen in Frage kommen, als sie in die Organisation eintraten, eine gemeinschaftliche Forderung einreichten, um eine wöchentliche

Zulage von 1 Mk. ihnen anstatt 1 Mk. 2 Mk. pro Woche bewilligt worden sind. Es ist dieses ein Zeichen, wenn sämtliche Kollegen in der Organisation stehen, in jedem Berufe Wandel geschaffen werden kann. Auf allgemeinem Wunsch der Versammlung ließ der Vorsitzende darüber abstimmen, daß fortan alle vier Wochen am ersten Dienstag im Monat, abends 9 Uhr, die Versammlung im betreffenden Lokale stattfindet, wurde dieses einstimmig angenommen.

Sämtliche anwesende noch der Organisation fernstehende Kollegen hielten es für ihre Pflicht und verantwortungsvoll ihre Eintrittskarten unter Ausnahme von zwei Herrschaftskutschern, Ob die Lage derer wohl im allgemeinen eine so sehr begründete ist, wollten wir denselben in ihrem Schlummer überlassen, bis ihnen die Augen mal geöffnet werden. Unter Anrede, dem ferneren Versammlungsbesuch eventl. den üblichen Monatsversammlungen, welche jeden ersten Samstag im Monat stattfinden und dem bevorstehenden Stiftungsfest am 27. Juni, um die Vorarbeiten gewissenhaft zu erledigen, schloß die Versammlung.

Salle a. d. Saale. Die am 9. Mai 1908 abgehaltene Monatsversammlung war leider nur von rund 60 Kollegen besucht, dies stellt den im Süden der Stadt wohnenden Mitgliedern ein schlechtes Zeugnis aus. Früher, als alle Monatsversammlungen noch im Innern der Stadt stattfanden, da blieben die meisten süd- und ostvorstädtischen Kollegen aus und jetzt, nachdem man ihrer Bequemlichkeit Rechnung getragen hat, da glänzen sie ebenfalls noch durch Abwesenheit.

Falls der schlechte Besuch weiter anhalten sollte, müßte die Ortsverwaltung davon absehen, im „Letzten Dreier“ weitere Versammlungen abzuhalten. Hoffentlich genügen diese Besen, damit dies nicht einzutreten braucht.

In der Versammlung selbst hielt Genosse Weidner einen lehrreichen Vortrag über: „Robert Blum und seine Zeit“. Schade, daß derselbe vor so wenig Zuhörern gehalten werden mußte. Zum 2. Punkt wurde Bericht über die Lohnbewegung in den Brauereien und Biernebelagen gegeben, woraus hervorging, daß bis jetzt nur eine Biernebelage ihre Arbeiter befriedigt hatte, während in den anderen Betrieben die Sache noch schwebt. Das schlechte Organisationsverhältnis in einigen dieser Betriebe halte ebenfalls die schnelle Erledigung auf.

Jena. In der Versammlung am 9. Mai gab Kollege Reinhardt den Kassenbericht pro 1. Quartal 1908. Derselbe belief sich in Einnahme und Ausgabe auf 821,48 Mk.

Einnahme.	
Kassenbestand vom 4. Quartal 1907	154,88 Mk.
80 Aufnahmegebühren à 1 Mk.	80,—
1 Aufnahmegebühr à 50 Pf.	—,50
1549 Wochenbeiträge à 55 Pf.	842,15
80 Wochenbeiträge à 20 Pf.	16,—
1149 öbrliche Zuschußbeiträge à 5 Pf.	59,70
80 Beiträge zum öbrlichen Fonds à 25 Pf.	7,50
21 Beiträge zum Streiffonds à 50 Pf.	6,80
49 Sekretariatsbeiträge à 10 Pf.	4,90
Summa	821,48 Mk.
Ausgabe.	
Vertikale Beerdigungsbeihilfe	5,15 Mk.
Rechtschutzkosten	4,—
Extramentierung	5,—
Reiseunterstützung	3,—
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche (Prozente u. Entschädigung)	69,08
b) sächliche (Materialien, Miete usw.)	19,45
Für Versammlungen, Referate, Druckfachen	56,65
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	65,25
Porto und Telegramme	19,29
Feldbesitz	15,27
sonstige Ausgaben	—,90
An die Hauptkasse gesandt	475,60
Kassenbestand	82,89
Summa:	821,48 Mk.

Für Arbeitslosenunterstützung wurden 18,— Mk., für Krankenunterstützung 89,— Mk., Beerdigungsbeihilfe 45,— Mk. und für Rechtschutz 50,— Mk. gezahlt, so daß an die Hauptkasse 278,60 Mk. gesandt werden konnte. Der Mitgliederbestand belief sich am Schlusse 1907 auf 154 männliche und 8 weibliche Mitglieder. Davon sind ausgeschieden und abgereist 24, aufgenommen wurden 80 männliche und ein weibliches Mitglied, so daß am Schlusse des 1. Quartals ein Mitgliederbestand von 160 männlichen und 6 weiblichen vorhanden war.

Am Anfang dieses Jahres hatte die Zahlstelle sich in verschiedene Sektionen geteilt. Da aber der Versammlungsbesuch ein sehr geringer war, sah die Ortsverwaltung sich veranlaßt, bei der gemeinsamen Versammlung den Antrag auf Verschmelzung der Sektionen zu stellen. Es wurde beschlossen, die Sektionen wieder zusammenzuschließen und eine Versammlung im Gasthaus „Zur Krone“ und eine im Gewerkschaftshaus abzuhalten.

Also Kollegen! Auf in die Versammlung! alle Mann für Mann und die Indifferenten mitgebracht, damit sich dieselben organisieren, auf daß wir stark werden; dann ist der Sieg unser!

Ratowitz. Am 12. Mai fand eine Mitglieder-versammlung statt, welche leider schwach besucht war. Kollege Trappe aus Deuthen gab den Kassenbericht vom 1. Quartal. Aus demselben war zu ersehen, daß wir eine Einnahme hatten von 266,58 Mk., demgegenüber war eine Ausgabe von 231,34 Mk. zu verzeichnen, so daß wir einen Kassenbestand von 35,26 Mk. zu verzeichnen haben. Versammlungen wurden im Laufe des Quartals abgehalten: öffentliche 3, Mitglieder-versammlungen 1, Besprechungen u. Sitzungen 5. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des vorigen Quartals 83 Erwachsene, männliche und 1 jugendliches. Im Laufe des Quartals wurden aufgenommen 15 Kollegen. Ausgeschieden sind 18 Kollegen, nach Antiquität überwiefen 20, so daß wir einen Mitgliederbestand von 60 Kollegen haben. Nachher wurde einstimmig beschlossen, die Kollegen Moras, Schart und Proste dem Verbandsvorstande zum Austritt zu

empfehlen, weil die betreffenden Kollegen bei der Lohnbewegung der Brauerei Wünsche den Kollegen in den Mäden gefallen sind, indem sie ruhig weiter arbeiteten und so zu Streikbrechern wurden. Was die Herren Moras und Scharf anbetrifft, so wird wohl Herr Wünsche jetzt belehrt worden sein, denn diese haben sich mit einflussreichen Geldern aus dem Staube gemacht. Wir bedauern Herrn Wünsche nicht, denn Herr Wünsche scheint ja ein unorganisiertes Arbeiter lieber zu sein, sonst hätte er nicht den Kollegen Hirschberg, welcher beinahe ein Jahrzehnt bei ihm in Stellung war, während dieser Zeit sich immer fleißig und treu erwiesen, hinausgeworfen. Aber seit der Zeit, als Kollege Hirschberg die Interessen unseres Verbandes wahrgenommen hat, da war es dieser Kollege, welcher Herrn Wünsche ein Dorn im Auge war, und der nach Beendigung der Lohnbewegung nicht mehr eingestellt wurde. Zum Schluss wurde Klage geführt, daß die Kollegen bei Arbeitslosigkeit oder bei Krankheitsfällen dies der Organisation nicht rechtzeitig melden, nach Wochen aber kommen, um Unterstützung zu erhalten. Es ist jedem Kollegen seine Pflicht, sobald er Anspruch auf Unterstützung machen will, bei einem vorkommenden Falle dies der Organisation zu melden. Vor allem müssen die Kollegen die Interessen des Verbandes wahrnehmen, pünktlich ihre Beiträge zahlen und nicht die Versammlungen schwänzen. Mögen die Kollegen sich einig um das Banner der Organisation machen, dann werden wir auch in dem rückständigen Oberfeld etwas mehr vorwärts kommen.

Mainz. Am Donnerstag, den 14. Mai, fand eine öffentliche Zeitungs- und Weckträgerinnen-Versammlung statt, in welcher der Gauleiter referierte. In seinem Referate führte Redner aus den Zwecken und Nutzen der Organisation so recht vor Augen. Ferner führte er Tatsachen an, die zeigen, wie nötig ein immer engerer Zusammenschluß gegenüber dem organisierten Unternehmertum sei. Es wurden folgende Löhne angeführt: Im Mainzer Anzeiger, Neuester Anzeiger und Mainzer Volkszeitung werden 15 Pf. pro Abonnent im Monat, dagegen im Tageblatt 12 Pf. und zuletzt im frommen Mainzer Journal 10 Pf., außerdem müssen die Trägerinnen vom Journal die Zeitungen für die Herren Pfarrer gratis tragen und in Käben und zu ebener Erde erhalten sie 5 Pf. Auch bei den Weckträgerinnen wurde festgestellt, daß es noch Frauen gibt, die den ganzen Monat hindurch für 8 M. arbeiten. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Rednerinnen im Sinne des Referenten aus. Sämtliche anwesende Weckträgerinnen erklärten, daß die Bäcker schon dreimal Lohnbewegungen geführt hätten, aber sich noch niemals um die Weckträgerinnen gekümmert hätten und jetzt, da der Transportarbeiter-Verband sich ihrer annahm, kämen auch die Bäcker, und wollten die Frauen für ihre Organisation gewinnen. Wenn die Lohnbewegung der Bäckergehilfen vorbei wäre, würden sich die Bäcker nicht mehr um die Frauen kümmern. Sämtliche anwesende Frauen, welche noch nicht organisiert sind, erklärten ihren Eintritt. Abschließend erfolgte der interessante Verlauf.

Mannheim. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 2. Mai ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer erstattete den Geschäftsbericht, aus demselben ist folgendes zu entnehmen. Es fanden im letzten Quartal im ganzen 108 Verhandlungen und Sitzungen statt. Trotzdem die Ortsversammlung stets sich rege mit der Agitation befaßt, ist es doch nicht gelungen, eine Mitgliederzunahme zu erreichen. Wir machten im Quartale 166 Neuaufnahmen, denen jedoch ebensoviel Abgänge gegenüber stehen. Diese Fluktuation ist die Frucht der schlechten Geschäftslage. Die Arbeitslosigkeit hat einen Umfang erreicht, wie sie Mannheim noch selten gesehen hat. Auch die Lohnkämpfe gestalten sich nicht so günstig, wie dies in den letzten Jahren der Fall war. Unsere Parole gilt in diesem Jahre mehr den Abwehrbewegungen. Das Unternehmertum nutzt die Krise aus, indem es versucht, der Arbeiterschaft die Erwerbsbedingungen der letzten Jahre zu entreißen. Haben doch die Glasverarbeitungsunternehmen im hiesigen Unternehmertum ihren Puffern zugemutet, daß dieselben statt Lohnzulage, Lohnreduzierungen verlangen sollten.

Auch die Holzbarone in Mannheim stellen sich auf diesen Standpunkt; nicht genug, daß bis jetzt Hungerlöhne bezahlt wurden, man sucht jetzt noch an diesen zu reduzieren. Weil die Arbeiter dies nicht anerkannten, sondern einseitig um die alten Löhne weiter arbeiten wollten, wurden sie ausgesperrt. Man läßt sich durch Menschenhändler aus Westfalen Menschen hierher vermitteln, die zwar nicht hierher kommen, um die schwere Arbeit eines Borddeckers zu verrichten, denn dazu sind diese Elemente nicht fähig, man versucht nur, dadurch den ausgesperrten Arbeiter für zu machen. Daß die Aushungerungspolitik der Scharfmacher einen Eindruck auf die Streikenden machen wird, das glauben wir nicht. Der Scharfmacherwahn hat sich in vollem Maße von Norddeutschland nach Süddeutschland verpflanzt, und hauptsächlich hat man Mannheim als Zielstätte für das Scharfmachergift ausersehen.

Differenzen sind im letzten Vierteljahr mit Ausnahme der Firma Reichert wenige entstanden.

Bestimmte Firma hat durch ihre Handlungen bei ihren Arbeitern stark den Verdacht erweckt, daß sie auf den Herbst irgend ein Attentat plant. Der letzte Vorgang läßt genau darauf schließen, daß die Kollegen nicht ganz Unrecht haben, denn wenn man einen Menschen wieder einstellt, der vorher in einer ganz eigenartigen Art von der Firma wegging, wenn jedoch ein Mensch trotzdem weiter beschäftigt wird, nachdem genau konstatiert ist, daß derselbe außerdem noch die Firma auf die Kirchweih eingeladen hat, so kann man es bei Rücksicht nicht für Unrecht nehmen, wenn sie mißtrauisch werden.

Wenn auch stets die Firma behauptet, keinen Unterschied zu machen, so schimmert doch stets etwas heraus, das den Anschein gibt, als ob es doch nicht so wäre, und gerade die letzte Maßnahme beweist uns dies mit aller Deutlichkeit, daß die Firma mit den Scharfmachern paktiert, indem sie jetzt ebenfalls ihre Kusscher vom Arbeitsnachweis der Scharfmacher bezieht.

Weitere kleine Differenzen hatten wir in diesem Vierteljahr mit der Brotfabrik, die jedoch durch eine Verbesserung der Provision beseitigt wurden.

Aus dem Klassenbericht ist zu entnehmen, daß die Beitragsziffer der männlichen um 20 Wochen zurückgegangen, während die der weiblichen Mitglieder um 200 Wochen gestiegen ist. Wir möchten unsere Kollegen ersuchen etwas mehr Wert auf die Agitation zu legen, sonst können sie eines Tages erleben, daß unsere Kolleginnen die Hosen anziehen.

Kollegen, aus den Vorgängen in letzter Zeit ersehst ihr, wie sich das Unternehmertum rüstet. Man will nicht allein verhindern, daß unsere neuen Forderungen illusorisch gemacht werden, sondern die Scharfmacher wollen auch das, was wir bis jetzt erreicht haben uns entreißen. Es ist geradezu erstaunlich, daß trotz dieser Tatsachen es noch sehr viele Kollegen gibt, die trotz der Attentate gegen die Bestrebungen der Arbeiter, all dem gleichgültig gegenüberstehen. Ja daß es noch Arbeiter gibt, die die Organisation bekämpfen. Wann werden auch die zur Einsicht kommen? Jedenfalls nicht früher, bis sie es am eignen Körper fühlen werden.

Kollegen, rüstet Euch, jetzt ist es noch Zeit, Sorge jeder, daß sein Nebenkollege auch organisiert wird. Wir wollen in erster Linie in unsern Reihen Ordnung schaffen.

Neumünster. Am Mittwoch, den 13. Mai, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Nach Aufnahme einiger neuer Mitglieder wurde vom Kassierer die Abrechnung verlesen:

Einnahme.	
Bestand vom vorigen Quartal	244,70 M.
Aufnahmegebühren à 1,00 M. (9 Fälle)	9,00 "
Wochenbeiträge à 40 Pf. (1104 Stk.)	441,60 "
" " 20 " (Weibliche, 26 Stk.)	8,20 "
" " 25 " (Jugendl., 11 Stk.)	2,75 "
" " 35 " (80 Stk.)	28,00 "
Derbliche Zuschußbeiträge à 10 Pf. (1104 Stk.)	110,40 "
" " 5 " (87 Stk.)	4,35 "
Beiträge zum örtlichen Fonds à 25 Pf. (6 Stk.)	1,50 "
" " Streifend à 80 Pf. (6 Stk.)	4,80 "
Summa	845,70 M.
Ausgabe.	
Extra-Unterstützung	10,00 M.
Reise-Unterstützung	10,00 "
a) persönliche (Wohlf., Entschädigung, Prozenze u. m.)	82,55 "
b) sächliche (Materialien)	19,50 "
Bibliotheksbücher und Zeitschriften	12,50 "
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	85,00 "
Porto	8,50 "
An die Jugendorganisation	10,00 "
Feuerversicherung	1,50 "
An die Hauptkasse gesandt	898,80 "
Kassenbestand	812,95 "
Summa	845,70 "

Da niemand zu der Abrechnung das Wort wünschte, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurde vom Kollegen Magnussen der Kartellbericht gegeben. Er gab bekannt, daß der Genosse Radloff aus Breslau als Arbeitersekretär gewählt ist und zum 1. Juli sein Amt antritt. Weiter machte er bekannt, daß sämtliche Auskünfte und Schriftstücke unentgeltlich gegeben werden.

Weiter wurde beschlossen, am Sonntag, den 24. Juli, einen Ausflug nach Kiel zu veranstalten. Die Kollegen werden hierdurch aufgefordert, alle an dem Ausflug teilzunehmen. Alles weitere wird in der nächsten Versammlung geregelt.

Neustadt, D.-Schl. Eine außergewöhnliche Zusammenkunft hielt die hiesige Zahlstelle ab, um über die Uebernahme der bisher vom Genossen Recker verwalteten Klassenverhältnisse Beschluß zu fassen. Nach Entgegennahme der von demselben abgegebenen Abrechnung des 1. Quartals wurde beschlossen, bis Ende des laufenden Quartals die Verwaltung dem Genossen Recker noch zu belassen, währenddessen sich der gewählte Kassierer Kollege Slauch in die Klassenverhältnisse einrichten muß. Desgleichen wurde beschlossen, die Zusammenkünfte nunmehr an den letzten Sonntagabend eines jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus abzuhalten.

Mürnberg-Fürth. In einer am 23. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt zunächst der Gauleiter einen Vortrag über „Die Taktik der Unternehmerverbände“. In trefflicher Weise schilderte Redner, wie die Unternehmerverbände jeweils ihre Taktik einrichten, um den immer mächtigeren Arbeiterorganisationen wirksam entgegenzutreten zu können, angefangen von den Maßregelungen durch schwarze Listen, Gründung von Arbeitsnachweisen und gelber Arbeitervereine, bis zum jetzigen Mittelteil der Massenansperrungen, demgegenüber unsere moralische Pflicht es sein muß, daß wir durch engeren Zusammenschluß und finanzielle Stärkung unserer Kampfmittel dahin wirken, daß uns das geeinigte Unternehmertum jederzeit kampfbereit findet, wenn es ihm gelüsten sollte, den Kampf mit uns aufzunehmen. Handelt es sich im Interesse der Allgemeinheit, daß die Unternehmer Respekt haben vor unseren Handlungen an ihren verkümmerten Handlungen, damit schloß Redner.

Nachdem eine Diskussion damit beliebt, wurde nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Potsdam. Generalversammlung am 17. Mai. Zunächst gab Kollege Wieking den Quartalsklassenbericht, aus dem folgendes zu ersehen ist: An Einnahmen hatten wir 2001,29 M., davon Bestand vom vorigen Quartal 1009,72 M. Die Ausgaben betragen 995,88 M., wovon 888,10 M. an die Hauptkasse gesandt wurden; mithin bleibt ein Ortskassenbestand von 1065,71 M. Mitglieder waren am Schluß des Quartals 205 männliche und sechs

weibliche. Ausgeschlossen sind im Laufe des Quartals 44 männliche und 3 weibliche; also bleibt ein Mitgliederbestand von 175 männlichen und 3 weiblichen. Die Abrechnung, welche ebenfalls Kollege Wieking vom Mastenball gab, brachte einen Ueberschuß von 98,97 M. Auf Antrag der Revisoren, welche die Richtigkeit der Abrechnung bestätigten, wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Kollege Venke gab den Kartellbericht. Darauf fand die Wahl eines Revisoren sowie eines Kartelldelegierten statt. Als Revisor wurde Kollege Rudolf, als Kartelldelegierter Kollege Beyer gewählt. Die Wahl eines 1. Bevollmächtigten mußte wegen mangelhaften Besuchs der Versammlung bis auf weiteres vertagt werden.

Kollegen, das kann so nicht weitergehen, bedenklich, wohin das führen soll, zumal unsere Mitgliederzahl um 44 verringert ist. Aber, woran liegt das? Nur an den Mitgliedern selbst. Sie sind sich ihrer Pflichten nicht voll und ganz bewußt, denn das Marktentleben beweist die Zugehörigkeit zum Verband nicht, man muß auch die Versammlungen besuchen, denn nur die rege Beteiligung an den Versammlungen wird unsere Mitgliederzahl wieder auf die Höhe bringen. Also auf in die Versammlungen.

Reichenbach i. B. Eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung fand am Montag, den 11. Mai statt. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde das Reichsvereinsgesetz behandelt. Als Referent war ein Kollege aus Plauen erschienen, welcher in einstündiger Rede das ganze Gesetz zerstückte. Dann wurde der Bericht von der vogtländischen Bezirks-Konferenz gegeben. Die Mitglieder waren mit den Beschlüssen der Konferenz einverstanden. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die Agitation behandelt. Kollege Eisemann machte die Mitglieder darauf aufmerksam, daß jeder eine rege Agitation für den Verband entfalten müsse. Am Schluß wurde noch dahin gewirkt, daß jeder Kollege das Sächsische Volksblatt lesen und Mitglied des sozialdemokratischen Vereins werden möchte. In Reichenbach herrschen noch sehr viel Mißstände. Möge jeder dahin wirken, daß unser Verband immer stärker wird, damit er eine Mauer bildet, an der die Probenhaftigkeit der Unternehmer zerbrechen muß. Unser Wahlpruch muß sein: „Bereinzelt sind wir nichts, vereint alles!“

Steglich. Am Sonntag, den 17. Mai fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem das Protokoll verlesen, gab der Gauleiter den Klassenbericht und einen Bericht über die stattgehabte Revision. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab folgendes Resultat:

Einnahme.	
Bestand vom 4. Quartal 1907	265,45 M.
Aufnahmen, 4 Stück	4,00 "
Wochenbeiträge, 1204 Stück	481,60 "
Beiträge zum Ortsfonds, 108 Stück	27,00 "
Beiträge zum Streifend, 81 Stück	24,30 "
Ueberschuß vom Mastenball	17,00 "
Gesamt	819,35 M.

Ausgabe.	
Persönliches	34,11 M.
Sächliches	1,40 "
Kartellbeitrag	7,00 "
Porto	6,86 "
An die Hauptkasse	382,25 "
Kassenbestand	387,73 "
Gesamt	819,35 M.

Als Kassierer wurde gewählt der Kollege Brendsee und als Revisor Kollege Schwalbe. Ferner wurde beschlossen, von einem Sommervergnügen Abstand zu nehmen und sollen dafür Versammlungen mit Sitzziehung der Frauen stattfinden. Ebenso sollen die Versammlungen der Mitglieder in den Sommermonaten Sonntags vormittags stattfinden. Nachdem noch Kollege Witz einige Mitteilungen machte, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Verschiedenes.

Die Ruhmestaten des Sozialismus. Der „Sozialist“ bringt in einer statistischen Arbeit die Daten über die Opfer des Sozialismus, die eine gute Illustration zu den Aeußerungen der Friedensliebe des Varen bildet.

Seit dem 30. Oktober 1905 bis zum selben Datum 1907 wurden durch das Kriegsgericht zum Tode verurteilt: 2717 Personen, erekräftigt 178, zu Gefangenschaft 3873 Personen, davon 605 zu lebenslänglichen Ketten und die andern insgesamt zu 29 523 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf Lebenszeit deportiert 502; zu verschiedenen Gefängnisstrafen 5751 Personen in der Gesamthöhe von 4236 Jahren verurteilt. Ferner haben 2586 Personen Gefangenschaft mit Zwangsarbeit in der Höhe von 4236 Jahren abzumachen. 1538 müssen in Strafataillonen 3110 Jahre abtun; 1307 Personen haben 1680 Jahre Festungshaft erhalten.

Die Regierung hat in diesem Zeitraum 1114 Journalisten Prozeß gemacht, hat 978 Zeitungen und Revuen unterdrückt, hat 180 Mitglieder der ersten und 74 der zweiten Duma verfolgt, hat auf administrativem Weg 112 150 Rubel Bußen von gegnerischen Zeitungen erhoben. In den zwei letzten Jahren zählt also Rußland 18 271 Opfer der Gerichte, was einem Tagesdurchschnitt von 25 Individuen gleichkommt. Jedenfalls beweisen diese Zahlen, daß „Väterchen“ versteht, seine Untertanen zu züchtigen, wahrscheinlich nach dem Bibelwort: „Wen der Herr lieb hat, den züchtigt er.“

Verantwortl. Redakteur: Franz Mettig, Berlin. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimnick, Berlin, Adalbertstr. 37.